



Geldes unbekannt und flieht in die Staatskasse zurück. Die Konföderation der Arbeit will von dem Unterstützungswesen überhaupt nichts wissen. In diesem Jahre hat die Regierung nun den größten Teil des Kredits den öffentlichen Arbeitsnachweiser gewidmet, für deren Gründung man in Frankreich zuerst recht lebhaft agitiert. In den meisten größeren Städten ist die Einführung der fakultativen Arbeitslosenunterstützung im Gange.

In England endlich hat der Staat die obligatorische Versicherung für das Holzgewerbe, das Baugewerbe und die Metallindustrie eingeführt. Für alle anderen Gewerbe dagegen begnügt er sich provisorisch mit der fakultativen Versicherung, für die er an die diesbezüglichen Organisationen hohe Zuschüsse gewährt. Mehr wie eine Million von Arbeitern werden bereits auf diese Weise gegen die Arbeitslosigkeit versichert. Wie aus dem Bericht hervorgeht, sind es in erster Linie die Gewerkschaften, die für die Arbeitslosenversicherung sorgen. Von durchgreifender Wirksamkeit ist diese jedoch nur, wenn der Staat sie auf obligatorischer Grundlage durchführt; dafür liefert auch dieser Bericht den Beweis.

Von besonderem Interesse für uns ist der Bericht über die Arbeitslosenversicherung in Deutschland. In Straßburg nebst zwei Vororten, Mülhausen, Freiburg im Breisgau, Erlangen, Schöneberg ist das Genier System bereits durchgeführt, bezugleich in Stuttgart; in Weidöhl, Charlottenburg ist es geplant, und der Bericht läßt erhellen, daß es auch in Groß-Berlin binnen kurzem eingeführt werden wird. In Bayern haben Nürnberg und München eine Einführung im Prinzip beschlossen und werden sie die fakultativen Arbeitslosenversicherung in die Tat umsetzen, sobald der bayerische Landtag die längst versprochenen Zuschüsse für die Arbeitslosenversicherung endlich bewilligt haben wird.

Der Bericht deutet an, daß in den kommenden Jahren das Genier System in ganz Süddeutschland funktionieren wird. Köln und Gupen haben im Prinzip zugestimmt. In allen größeren preussischen Städten treten die Arbeiterorganisationen dafür ein, allerdings bisher ohne Erfolg. Preußen und Sachsen sind auch in dieser Beziehung die rückständigsten deutschen Staaten (1).

In Deutschland sind bisher also einzig auf Kommunale Gebiete einige Erfolge errungen worden, wobei es sich indes auch nur um Anfänge und noch keineswegs gesicherte dauernde Einrichtungen der Arbeitslosenfürsorge handelt. Die tatsächlichen Bemühungen der sozialdemokratischen parlamentarischen Fraktionen auf Herbeiführung einer staatlichen Arbeitslosenfürsorge blieben ohne den wünschenswerten Erfolg, weil sie mit ihren Forderungen allein standen.

Und da schreiten die kapitalistischen Arbeiterfeinde über viel Sozialpolitik und fordern sozialpolitischen Stillstand und „Zuchthausgesetz“ für die Arbeiterklasse!

Was speziell die Arbeitslosenversicherung bezugsföhrung anbelangt, so ist deren wenn bisher auch mangelhafte Entwicklung den Arbeitgebern ein Dorn im Auge und mit großer Beforgnis sehen sie den weiteren Fortschritten derselben in Deutschland entgegen. Vor allem ist ihnen das sogenannte Genier System verhaßt, weil dieses in der Hauptsache den organisierten Arbeitslosen zugute kommt. Zwar sieht dieses System auch eine Unterstützung der

Nichtorganisierten vor. Dafür ist aber Vorbedingung die Beteiligung an einem Sparfonds. Da nun ein Nichtorganisierten, der schon dadurch sein geringes Verantwortlichkeitsgefühl beweist, daß er sich nicht organisiert, sich selten dazu auftraut, etwas für die Zeit der Arbeitslosigkeit zu sparen resp. Beiträge in diesen Fonds zu leisten, so tritt er auch äußerst selten in den Genus der Arbeitslosenversicherung. So waren z. B. in Freiburg, wo das Genier System durchgeführt ist, nur 8 Sparrer von 117 unterstützten Arbeitslosen, dagegen 109 Mitglieder der Gewerkschaften. Um nun unter allen Umständen den Nichtorganisierten den Genus einer städtischen Arbeitslosenunterstützung zu verschaffen — sie sind ja das Reservoir der Unternehmerr für Streiftrecher —, so stellten sie in Mannheim folgenden Antrag:

„Jedem Arbeitslosen, der seit mindestens einem Jahre ununterbrochen in Mannheim gewohnt hat und seine unverschuldete Arbeitslosigkeit darzut, ist, falls ihm eine angemessene Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, eine Unterstützung von 70 Pf. pro Tag auf die Dauer von höchstens 30 Tagen zu gewähren. Für jedes Kind unter 15 Jahren erhöht sich die Unterstützung um 10 Pf. pro Tag bis zum Höchstsahe von je 1 M.“

Man sieht, die Liebe zu den Streiftrechern und der Haß gegen die Organisierten bringt die Arbeitgeber unter Umständen sogar dazu, ihren sonst bewiesenen Starr abnehmenden Standpunkt gegenüber irgendwelcher sozialer Fürsorge durch die Kommune aufzugeben und sich für die Einführung einer städtischen Arbeitslosenunterstützung ins Zeug zu legen.

Mit schleimem Gewasch und abgedroschenen Ladehütern wendet sich auch das Arbeitgeberorgan „Der Fitzwarenmarkt“ gegen die Arbeiterversicherung:

„Unverschuldete Arbeitslosigkeit ist für den Betroffenen ein Unglücksfall und gegen alle Unglücksfälle kann man sich nun einmal nicht durch Versicherung schützen. Das Prinzip der Arbeitslosenversicherung ist ein falsches. Der Arbeiter bekommt Geld, wofür er keine Arbeit leistet und sehr die Sache leicht so an, daß die Gesellschaft verpflichtet ist, ihn und seine Familie zu erhalten, einetler ob er arbeitet oder nicht. Auch sei zu berücksichtigen, daß der Sparfonds des Arbeiters den Rest bekommen, wenn er Arbeitslosentminderung erhalte. Schon heute redet ihm der Sozialdemokrat vor, daß es verfehrt für ihn sei zu sparen, da er nichts übrig habe.“

Treffend wird dieses Blatt durch den „Correspondent“ also abgefertigt:

„Die Argumente sind nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt stehen. Mit solchen leichtem Lebensarten kann man sich gegen die Kranken-, Unfall-, Feuer- und anderen Versicherungen wenden, die heute kein vernünftiger Mensch mehr für überflüssig oder schädlich hält.“

Die Windbeutelerei von dem falschen Prinzip der Arbeitslosenversicherung wiederholt schlagend die Arbeitslosenunterstützung der freien Gewerkschaften, die von 1891 bis 1911 rund 50 Millionen Mark an Arbeitslose bezahlt haben. Ueber all den kleinsten Kränkern, den die mühlradenigen Gegner der Arbeitslosenversicherung vorbringen, ist die Praxis längst zur Tagesordnung übergegangen. Die Arbeitslosenversicherung wird kommen, auch gegen den Willen derjenigen Unternehmer, die sich aus naechen Egoismus dagegen stemmen. Die Skunkerei mit den sparteinischen Sozialdemokraten wird heute nirgends mehr ernst genommen. Allerdings macht die Sozialdemokratie keinen Hehl daraus, daß es Heuchelei und Hoß

ist, den ohnehin an Unterernährung und Entbehrungen aller Art leidenden Arbeitermassen, Sparanfänge zu predigen. „Der Fitzwarenmarkt“ mag sich mit seiner Weisheit an die Agrarier wenden, die ohne Arbeit oder sonst eine Gegenleistung alljährlich Hunderte von Millionen Mark durch die Lebensmittelzölle einheimen und auf Kosten der Volksgesundheit und Volkskraft ihren Sparfün beutigen oder einen guten Tag nach dem andern leben.“

Auch der Generalsekretär Rasse Berlin, hant im „Centralblatt für Reinigungsinstitute“ (Nr. 19 vom 10. 10. 1912) wichtig auf das Genier System ein:

„Aus dem letzten Verwaltungsbericht der Stadt Schöneberg über die Wirksamkeit der Arbeitslosenversicherung zeigt es sich, daß die Bedenken, welche gegen die Versicherung erhoben worden sind, sich vollaus bestätigen und das Genier System auf falscher Bahn ist.“

Fast ausschließlich sind nämlich die Mitglieder der freien Gewerkschaften der Leistungen der städtischen Arbeitslosenversicherung teilhaftig geworden. Es melden sich in der Zeit vom 25. Januar bis 31. Dezember 1911 in Schöneberg 600 Personen arbeitslos. Von diesen waren 516 Organisierte, 11 Sparrer und 57 Sparteinamenspflichtige.“

Jeder andere würde auf die nachliegende Erklärung kommen, daß erstens die meisten in Frage kommenden Arbeitslosen organisiert sind und daß zweitens — wie vorher bereits erwähnt — das weit entwickelte Verantwortungsbewußtsein der Nichtorganisierten diese von der Beteiligung an einem Sparfonds abhält, sie also nicht ernten können, wo sie nicht gefast haben! Herr Rasse aber sieht tiefer und wweiter! Er demonstriert:

„Diese Zahlen beweisen, daß diese Arbeitslosenversicherung eigentlich ausschließlich den organisierten Arbeitern zu gute kommt und offenbar die Unterstützungsklassen der freien Gewerkschaften entlastet. (1)“

Dies bewirkt, daß hierdurch Gelder zur Stärkung der Streiftrecherlassen frei werden, denn wenn den sozialdemokratischen Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben wird, Gelder für Unterstützungszwecke zu erparen, so werden sie selbstverständlich die ersparten Gelder ihrem Kampffonds zufließen lassen, wodurch die Streiftrecher gefördert wird.“

„Was der Vorstand der Versändigen nicht sieht...“ pflegt man zu sagen, aber bei Herrn Rasse wagen wir nicht zu behaupten, ob der Nachsatz zutreffend auf ihn angewandt werden kann. Merkwürdig, sehr merkwürdig aber bleibt es immerhin, daß noch niemand die „surchtbare Gefahr“ entdeckt, die das „Genier System“ birgt! Nachdem wir durch Herrn Rasse dahinter gekommen sind, halten auch wir beinahe dafür, daß es besser wäre, die Arbeitslosen unterschiedslos — verhungern zu lassen, ehe man bei einer Unterstützung derselben nach dem Genier System das Schredgespenst heraufbeschwört, erst die ersparten Gelder in den Kampffonds der Gewerkschaften stecken zu sehen und dadurch deren Streiftrecher zu fördern!“

Aber Herr Rasse ist nicht allein ein scharfer logischer Denker, der irgendwelche Ideenverbindung bis in ihre letzten möglichen Konsequenzen verfolgt, sondern auch ein Philosoph der Moral, er argumentiert ähnlich wie das Organ der „Fitzwarengewaltigen“:

„Betrachten wir nun einmal die Arbeitslosenversicherung von einer andern Seite, von der mora-

**Vergesellschaftung.**

Eine nachdenkliche Sache. Sie könnte ebensogut eine Durchbrechung der Hefe von der Erhaltung der Energie oder der himmlische Schlüssel für alle Organikation im Weltensraum, einschließlich einer idealen Lebensführung heißen. Einst lasen die alten Sumerer den heute noch geltenden Kalender, die Aristmetik und die ganze Mythologie vom Sternenhimmel ab. Ihre Beobachtungen kamen mit der Zeit in Mißkredit; nicht zum wenigsten, weil die astronomischen Berechnungen nur auf der geographischen Breite der heiligen Stadt Babylon und des ägyptischen Heliopolis genau zutraten. Und nun lehrt die Kultur, um sich über die tiefsten Fragen der Daseinsbedingungen zu vergewissern, über den Dornenweg subjektiver Lehneinungen zum Ausgangspunkt zurück und wendet sich von einem höheren Standpunkt aus an den Kosmos mit seinen unverbrüchlichen Gesetzen.

Begeben wir uns auf eine der untersten Weltstufen, in das Reich der Atome. Bis vor kurzem war sein Studium so unbanbar wie hundert Jahre zuvor das der weißen Landtarte von Afrika. Dem Atom wurde von einem großen Teil der Vertreter der Wissenschaft nur das Dasein eines Scheinwesens oder einer Arbeitshypothese gegönnt. Durch die Untersuchungen der Ausstrahlung des Radiumbromids seitens des Ehepaares Curie wurde seine Existenz festgestellt und durch G. Le Bon bald darauf die Radioaktivität der ganzen Materie erkannt und inzwischen von anderen Seiten nachgewiesen. Diese Entdeckung der Körperlichkeit der Atome und ihr allmählicher, wenn auch außerordentlich langsamer Zerfall, sind von ungeheurer Tragweite weit über die Erkenntniswissenschaft hinaus. An dieser Stelle kommt indessen nur die Eigentümlichkeit ihrer Bauart in Betracht.

Philosophische Forscher sind schon längst theoretisch zu dem Schluß gekommen, daß sämtlichen Elementaratomene eine Einheit zugrund liege, von der sie eine Weltteil bilden. Die Chemie hat sich auch diesem Gedanken insofern angeschlossen, als sie, um das Gewichtsverhältnis der Elementaratomene untereinander bestimmen zu können, auf eine Einheit zurückging, diese

in dem kleinsten (Wasserstoff-) Atom annahm und beispielsweise danach den Sauerstoff zweigewichtig, den Kohlenstoff viergewichtig nennt. Das einfache Atom ist als ein verkleinertes Sonnensystem aufzufassen, in welchem um einen dichten Kern Tausende von Elektronen mit einer Geschwindigkeit bis zu 300 000 Kilometer in der Sekunde kreifen. Auch in anderer Beziehung gleicht es dem großen Welt. Wir vermögen uns keine Sonne mit ihrem Heer von Planeten und Kometen vorzustellen, die allein mit ihnen im Weltensraum schwirren könnten. Sie müßte unaufhörlich in einer Richtung stürzen und ihre Begleitsterne als Schweiß nach sich ziehen. Sie bedarf mindestens eines ähnlichen Systems, um sich durch Austausch der heiderseitigen Energieausstrahlung einen Gegenpol der Kräfte und dadurch einen Halt zu schaffen, indem sie sich einander umkreifen. Daselbe ist beim Atom der Fall. Es erreicht seine Vollkommenheit erst, nachdem es sich mit einem oder mehreren anderen Atomen beizuf Austausch der Kräfte zu einem System, einem organischen Verband zusammenschlossen und darin einen Gleichgewichtszustand gefunden hat. Früher faßt es nicht in Erscheinung treten, auch nicht als zusammengesetztes, vielgewichtiges Atom; worin wahrscheinlich der Grund liegt, daß es noch nie gelungen ist, ein einzelnes Elementatom zu isolieren. Selbst wenn Atome zur Auflösung gebracht werden, muß die Zerstörung ihres Moleküls vorausgehen.

Die höhere Atomvielfalt ist das Molekül, bestehend aus zwei oder mehr Atomen in einem geschlossenen, seitlich als kleinster Körper bezeichneten System. Die Atome darin befinden sich in Abständen voneinander in lebhafter Drehung unter großer Kraftentwicklung, die in der Chemie und Physik als Molekularkräfte bekannt ist. Ihre Quelle ist der hohe Energieüberschuß des Einzelatoms. Wenn auch angenommen werden könnte, daß im Innern eines Atoms die aus der Spannung sich ergebende Energiemenge völlig verbraucht wird zur Aufrechterhaltung der Drehung der Teile und des Gleichgewichtszustandes, so entsteht doch infolge der rasenden Drehungsgeschwindigkeit außen um das Atom eine neue Kraftquelle durch den Mantel, der sich bekanntlich als magnetisches und gegebenenfalls als elektrisches Feld um jeden drehenden

Körper legt. Jedenfalls gehen vom Atom starke Kraftlinien aus, welche das Molekül zusammenhalten und ihm seine Kräfte verleihen. Selbstverständlich ist diese sekundäre Energie indessen mit der inneren ungeheuren Spannung im Atom selbst nicht zu vergleichen und das Gefüge des Moleküls daher auch ganz erheblich loderer. Antipathie und Sympathie der Atome vermögen es im Nu zu sprengen.

Der große Sammelbegriff Elektrizität wird von den Spezialforschern bereits in zwölf verschiedene Einzelarten zerlegt; wahrscheinlich werden es noch viel mehr werden. Es darf angenommen werden, daß die Elementaratomene, die ja infolge ihrer verschiedenen Zusammensetzung bereits so abweichende Eigenschaften besitzen, auch eine jedem eigentümliche besondere Elektrizitätsqualität erzeugen, daß ihr Anziehungs- und Abstoßungsvermögen dementsprechend sich beträchtlich unterscheidet. Die nahe Verdrängung mit beweglichen Molekülen anderer Zusammensetzung hat deshalb vielfach ihre Zerstörung und die sofortige Neubildung eines anderen Systems zur Folge. Die Atome streben und suchen einander; immer zwecks Erreichung eines größtmöglichen stabilen Gleichgewichts. Das Molekül aber erhält unter allen Umständen wichtige allgemeine (Molekular-) Kräfte, wie die starke Kohäsion, die schichtbildende Affinität und die Osmose, welche unter anderen die wunderbaren Pumpwerke in den Pflanzenleibern betreibt, sowie seine persönlichen chemischen Eigenschaften — alles Energien, die vorher nicht bestanden und mit dem Zerfall des Moleküls reiflos verschwinden. Wir nehmen demnach folgendes wahr:

1. Der alles beherrschende Trieb der Atome ist die Erlangung und Erhaltung eines Gleichgewichtszustandes, das heißt, nichts anderes als ihr Selbsterhaltungstrieb;
2. Die Erfüllung dieses Triebes erfolgt in der Vereinigung mit anderen Atomen zu einer organisierten Gemeinschaft mit einem Gemeinschaftswillen — also auch Bewesung, — dem sich sämtliche Teile, indem sie sich untereinander ins Gleichgewicht setzen, unterordnen. Dies geschieht mittels vollkommener Anpassung ihrer Fähigkeit an den Ge-



Aber weiter! Die Verfasser beschäftigen sich eingehend mit der Frage der staatlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die sie neben anderen staatlichen Maßnahmen für eine Selbstverständlichkeit halten. Hier lernen sie keinen anderen Weg, als daß der Staat in der Art des Genter Systems die Gewerkschaften zu Trägern der Versicherung macht. Und zwar soll dies, was bezeichnet für die englische Auffassungweise ist, vornehmlich aus moralischen Gründen geschehen. Der Staat allein sei nicht in der Lage, zu verhindern, daß Arbeitsschöne und andere Unwürdige die Unterstützung mißbrauchen, ebensowenig wie er entscheiden könne, ob der Arbeitslose eine ihm angebotene Beschäftigung annehmen müsse. Die Gewerkschaften aber hätten die ganze Verantwortung für den Unterhalt ihrer arbeitslosen Mitglieder zu tragen; ihnen verbleibe somit die Entscheidung, ob eine gebotene Stellung anzunehmen sei oder nicht. Ihre Sache sei es auch, die als notwendig erachteten Maßnahmen gegen das Simulantentum zu treffen. Eine Einmischung des Staates in die Verwaltungsverhältnisse der Gewerkschaften sei zu verwerfen. Wenn man aber nach der moralischen Veranlassung der Verwendung öffentlicher Gelder für solche gewerkschaftlichen Zwecke frage, so sei zu antworten, daß der alljährlich gezahlte staatliche Zuschuß als Gegenleistung für einen von der Gewerkschaft der Gesellschaft erwiesenen Dienst zu gelten habe. Sei es doch dem gewerkschaftlichen Unterführungsweifen zu danken, daß die Armenverwaltung nicht habe eingegriffen brauchen, und daß der organisierte Erziehung zur Sparfamkeit, Selbstverwaltung und Selbstbeherrschung genossen habe.

Jedoch die Unorganisierten? Gegen diese kann, wie die Verfasser ausführen, nur der Zwang helfen. Von ihnen habe der Staat eine besondere Steuer in bestimmter Höhe zu erheben, ohne daß er verpflichtet sei, den Ertrag der Steuer auch wieder gleichmäßig zu verteilen. Wer durch freiwillige Versicherung (in der Gewerkschaft) über und neben der Staatssteuer seinen Befähigungsnachweis zur Sparfamkeit und Selbstverwaltung erbringt, dem kann man mit aller Mühe und Gerechtigkeit nicht nur eine höhere Summe aus der gemeinsamen Kasse bewilligen, sondern auch das Vorrrecht, seinen Anteil durch die eigene Hilfskasse oder den Gewerksverein als frei verfügbares Einkommen zu beziehen. Dagegen müssen alle nicht freiwillig Versicherten während der Dauer der Krankheit oder Arbeitslosigkeit sich im öffentlichen Interesse für sie vorzunehmenden Fürsorge fügen. Gilt es doch, die außerhalb des ärztlichen Einflusses der Organisationen verbliebenen Arbeiter in staatliche Kur zu nehmen.

Wem fällt hier nicht der immense Unterschied des Vertrauens auf, mit dem in England und in Deutschland Arbeiterführer oder radikale Sozialpolitiker dem Staate begegnen? In Deutschland kommt aus nur zu berechtigten Ursachen bei den Gewerkschaften das stärkste Mißtrauen gegen den Staat zum Ausdruck. Dieser Staat hat die Arbeiterorganisationen seit Menschengedenken gehetzt und verfolgt sie bis auf den heutigen Tag. Er hält ihre Mitglieder aus öffentlichen Betrieben fern, und gemäß der Beurteilung in der Zuchthausvorlage des Jahres 1899 ist ihm heute noch der Streikbrecher das Ideal des Arbeiters, das „für den Staat besonders nützliche Element“, während der Ausländer, insbesondere wenn er Streikpostensteht, vom Schutzmänn zu drangsalieren ist.

In England hingegen ist der Unorganisierte in den Augen der Arbeiterführer das moralisch minderwertige Subjekt, das der Staat zur Festigung zu erheben hat, damit es würdig werde, an den Unterstützungsbeiträgen frei gewerkschaftlicher Organisationen schließlich teilzunehmen.

Es erübrigt sich, auf die Frage einzugehen, ob im massigen Lande der kapitalistischen Entwicklung und des Gewerkschaftswesens der Staat tatsächlich in absehbarer Zeit die ihm zugehörige Aufgabe übernehmen wird. Es kommt hier nur darauf an, daß gezeigt werde, wie in einem politisch vorgeschrittenen Lande, die Begriffe von Staatssozialismus, vom erzieherischen Wirken der Staatsgewalt ganz andere sind als im politisch zurückgebliebenen Deutschland.

### Bilder aus der „göttlichen“ Weltordnung!

Neue Folge.  
„Wenn du aber gar nichts hast, Ei, so lasse dich begraben. Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben!“

#### I.

Von 14 400 000 Personen in Preußen, die im Jahre 1909 ein eigenes Einkommen hatten, gab es 8 300 000, die nicht einmal 900 M. im Jahre verdienten, das sind 17% M. in der Woche. Weitere 3 800 000 verdienen 900 bis 1500 M. im Jahre; also 84 pCt. der Bevölkerung Preußens hatten kaum das nackte Sattessen. Und das, obgleich sich in den letzten 16 Jahren das steuerfähige Vermögen von rund 62 auf 101 Milliarden, also um rund 39 Milliarden vermehrt hatte. Dieser Zuwachs ist nicht in den Geldbörsen der Arbeiter zu suchen. Aber das Kapital mit Kriegsschiffen und starken Heeren vor einem Feinde zu schützen, mögen die Bestrebenden für notwendig halten — doch sie zahlen die Kosten nicht, sondern die Masse des Volkes muß dafür bluten. Und wie die Vermögensverhältnisse in Preußen sind, so ist es auch anderswo. Das Volk hat in vielen Millionen für die

Ärztungen in Form von indirekten Steuern und Verbrauchsabgaben zu zahlen, die das Reich auf die Arbeiterfamilie mit jedem Wissen, den Fleiß, mitbezahlen muß. Man hat ausgerechnet, daß eine Familie mit drei Kindern allein für die Zwecke des Militärs jährlich 129 M. opfert.

Ein einziges der größten Schlagschiffe kostet mit der Ausrüstung 45 800 000 M. Der Marineetat für 1912 stellt sich in Deutschland auf 450 Millionen M. Für Landheer und Marine beziffern sich die Ausgaben im Jahre 1910 auf 2250 Millionen. Und die Summen für die Rüstung steigen von Jahr zu Jahr rasch. Wohin soll das führen? Das Vertrauen der Völker ist ein Verbrechen. Was könnte für das Geld in Kulturwerken angelegt, für die Menschheit geschaffen werden! — Und Welch enorme Werte gehen dem Volke verloren, denken wir nur daran, daß allein der militärische Mannschafsbestand in Deutschland 626 700 Mann beträgt, die vom Volke erhalten werden müssen.

Ein einziger Schuß von dem größten ganz modernen Torpedo kostet 18 000 M! Aufzählend auf Wart! Und ein Maschinengewehr gibt 600 Schuß ab in der Minute.

Und die Rehrseite der Medaille?



### 1 1/2 Milliarden steuerpflichtiges Einkommen!

Dem Abgeordnetenhaus gingen die Uebersichten über das steuerpflichtige Einkommen in Preußen zu, daß im verflohenen Jahre 10 757 450 000 M. gegen 10 206 970 000 M. im Jahre 1910 und 8 852 800 000 M. im Jahre 1892 betrug. Die auf den einzelnen Zensiten entfallende Steuersumme ist trotz der gewaltigen Zunahme der einzelnen Einkommen, die von der Steuerstatistik erfaßt wurden, gesunken. Das rührt daher, weil die Zunahme der Zensiten in den unteren Steuerklassen eine viel größere ist als das Wachstum der gesamten Steuersumme. Die Ursache dieser Erscheinung hat man in Denunzationspflicht der Unternehmer und Hauswirte zu suchen, die das Einkommen der Arbeiter auf Soller und Pfennig der Behörde zur Kenntnis bringen. Ueber die Entwicklung der Einkommensteuer gibt nachfolgende Uebersicht Auskunft:

Jahr der physischen Zensiten	Zahl der Millionen	Ihre Einkommen Millionen M.	Einkommen pro Zensit M.
1892	1,41	5 704	2 342
1900	2,07	7 841	2 822
1910	5,98	18 711	2 197
1911	4,21	14 487	2 211
1912	4,46	15 240	2 207

Die Zahl der nichtphysischen Zensiten stieg seit 1892 von 2028 auf 9387 im Jahre 1910 und 10 988 im letzten Jahre, das erfaßte Einkommen von 257 Mill. M. auf 829 Mill. M. und 892 Mill. M. Die Rieseneinkommen haben gewaltig zugenommen, die Zahl der Millionäre wuchs mächtig aber das Durchschnittseinkommen verkleinerte sich im Laufe der letzten 20 Jahre um 185 M. 30 pCt. der Bevölkerung leben in Familien mit Einkommen von unter 900 M., obwohl die Arbeiterfamilien reiflos erfaßt sind. Sondern man noch alle Zensiten aus, die wohl über mehr als 900 M. verfügen, aber aus gesetzlichen Gründen von der Steuerpflicht entbunden werden mußten — wegen großer Kinderzahl — dann ergibt sich, daß rund 49 pCt. aller Familien in Verhältnissen leben, die ihnen kein steuerpflichtiges Einkommen gewähren können, und daß bei der nach herrschenden Lebensmitteleruerung, die mit unerbittlicher Schärfe und Härte regiert! Da ist es kein Wunder, daß das Verpeht des Geburtstages auch in Deutschland eine bleibende Heimstätte gefunden hat!



Viele Tausende von Familienvätern haben ein Einkommen von zwanzig Mark in der Woche. Davon sollen sie Wohnungsmiete bezahlen, denn sie haben kein Haus; davon sollen sie ihre Familie nähren und kleiden. Das Geld reicht nicht aus, darum müssen auch die Mütter in die Fabriken, sie können nicht daheim sein und den Haushalt führen und die Kinder erziehen; selbst Kinder müssen mit Geld verdienen: für viele Stunden Arbeit einer ganzen Woche bekommen sie eine Mark. Da trampelt sich einem das Herz im Leibe zusammen. Unter der wirtschaftlichen Not liegt die Häuslichkeit ganz daneben. Das vielbesungene deutsche Heim ist zur Wohnung für die Armut und Sorge geworden. Viele, viele können sich nicht sattessen, Kinder kränken schon im Mutterleibe und sterben früh. Diese „Kultur“ soll der Deutsche mit seinem Herblute verteidigen und soll in seiner Armut auch noch das Geld aufbringen, um Heer und Marine zu erhalten.

#### II.

### Die „Zeit am Montag“ berichtet:

„Ein armer Teufel. Ein in der Not zum Diebe gewordener Mann ist kürzlich von der Polizei festgenommen worden. Auf dem Hannover Güterbahnhof hatte ein Beamter die Beobachtung gemacht, daß ein fremder Mann von einem Waggon für etwa 50 Pf. Kohlen entwendet hatte. Dies geschah am Heiligen Abend und jetzt ermittelt man in dem Dieb einen beschäftigungslosen Arbeiter M. aus Niederbarnhausen. Bei seiner Vernehmung gab M. reumütig zu, daß er die Kohlen gestohlen habe, um an den

Feiertagen wenigstens eine warme Stube zu haben.

#### III.

Der Straßburger „Freien Presse“ entnehmen wir folgendes aus dem „Familienleben eines Arbeitslosen“:

„Jedezeit, wenn ich arbeitslos bin — und dieses paßte mir in meinem Beruf als Maler bisher noch jeden Winter — habe ich reichlich Zeit, mich über die bestehende göttliche Weltordnung zu freuen... Wie schön ist doch die Welt, wenn man so wie ich schon acht Wochen vor Weihnachten ohne Arbeit ist und so Gelegenheit hat, sich auf das kommende Fest vorzubereiten. Auf dem Arbeitsamt herumzusehen und sich die ohnehin schon bedenklich dünnen Schuhsohlen noch weiter abzulaufen und 2-mal in aller möglichen Vertrieben und Verfräkten vergeblich um Arbeit nachzufragen, gehört noch zu den billigen Vergnügen. Doch viel schöner wird es dann noch, wenn ich nach solchem die Verbaumung antragenden Spaziergang heimkomme und in das vor Wohlleben abgehärmte Gesicht meiner Frau sehen kann. Befriedigt versammle ich da meine drei Kinder um mich an den Tisch und warte geduldig auf das Huhn, welches meine Frau zum Mittagessen aus dem Topfe hervorholt. Nach Wilhelm II. hat ja jeder Arbeiter sein Huhn im Topf und ich denke deswegen, daß es meine sich in der gleichen Lage wie ich befindlichen Kollegen auch haben. Nach der äußerst reichhaltigen Tafel kommt dann gewöhnlich als Dessert eine kleine Debatte mit meiner Frau über das klageliebene Diner und unser Leben; oft auch über den Stand der Börse. Und regelmäßig muß ich mich darüber wundern, wie geschickt meine Frau als mein Finanzminister die vorhandenen Kapitalien im Hauskassett unterzubringen weiß. Mancher Minister an höherer Stelle könnte sich da gute Nachschläge holen!“

Ah ja! Wunderliche Gedanken kommen einem da oft; hauptsächlich, wenn ich an das nahe Weihnachtsfest denke. Meine Kinder schreiben alle Abend nach dem Nachhessen ihre Wunschzettel, während ich überlege, ob es wohl Weihnachten noch zu einem schwarzen „Kaffertuchen“, welches am Kaiserentor von den Soldaten für 30—40 Pf. erhältlich ist, ausreichen wird... Ein besonderes Vergnügen wäre es mir, wenn ich einmal Herrn Hermann Bethmann-Hollweg und Herrn Schortemeier für ein oder zwei Wochen bewirten dürfte, gern würde ich da auf den mit zumotenden Teil am Mittagessen verzichten. Gleich mir würden sich die Herren befriedigt auf den Schamerbauch schlagen und ausrufen: „Ja, wir leben im Zeichen einer göttlichen Weltordnung!“

#### IV.

Auf dem Sittlichkeitskongreß, der im Vorjahre in Halle stattgefunden, behandelte eine Frau Dr. med. Meyer aus München die heutigen Sittenzustände in der besseren Gesellschaft und prägte darauf das derbe Wort:

„Maßlos verrottet und tief gesunken!“

Die gut bürgerliche Dame wirkte unter anderem aus:

„Jeder Mensch, der uns begegnet, jedes Weib, hoch oder tief im Range, ist ein Gut, das der Mann zu achten und zu schätzen hat; da gibt es keine Freibeute, kein triviales Spiel mit dem abhängigen dienenden Weibe, kein lockeres Verhältnis, keine Schandung des Weibes, in welchem Topf immer es dem Manne eingegentritt, und wäre es auch das gefallene Weib. Zum Falle eines Weibes gehört immer auch der Mann! Für diese elementare Wahrheit fehlt weitestgehendes Verständnis. Die Begriffe von Sittlichkeit und Männerethre sind in unserer Gesellschaft, und zwar tief hinein bis in die höchsten Kreise, so maßlos verrottet, so tief gesunken, daß in der Tat die Unsitlichkeit in ihren brutallsten, wenn auch polierten Formen heute stehende Bildung, um nicht zu sagen Sanktion erhalten hat. Es liegt in einem großen Teile unserer Studenten ein erschrecklicher Tiefstand der Gesinnung und eine Kahlheit des sittlichen und sozialen Empfindens vor, der jeden Zugs und Menschenfreund mit tiefer Trauer und mit Sorge und Bangen für unsere Zukunft erfüllen muß.“

In dieselbe Kerbe schlug ein späterer Redner, der bekannte Vorsitzende der evangelischen Arbeitervereine, Lizeniat Weber. Er zog folgendermaßen vom Leber:

„Es ist bedauerlich, daß der sittliche Stand bei keinem der Berufsweize tiefer ist, als bei den Studenten in den großen Städten. Das muß offen ausgesprochen werden, so traurig es auch ist; aber die Zahlen beweisen es. Die Studenten stehen in bezug auf Geschlechtskrankheiten an erster Stelle. (Bevegung.) Wir haben in der letzten Abendversammlung den deutschen Studenten zugeufen: Denkt an das Urteil des Volkes, denkt daran, daß ihr einmal Staatsanwälte und Richter werden könnt, und da vielfach Dirnen zu beurteilen habt, die durch die Verführung von Kommilitonen erst dazu geworden sind.“

Es mag für diesmal genügen, diese Kritik der sittlichen Moral bei den „höheren Ständen“ als äußerst bezeichnenden Kommentar zu der sogenannten „göttlichen“ Weltregierung hier als würdigen Abschluß angefügt zu haben. Gabe es wirklich ein höheres Wesen, das Leiden und Lenken in die Geschicke von Welt und Menschheit eingreifen würde, wir hätten dafür, unsere ganze „maßlos verrottete“ Wirtschaftsanordnung wäre schon längst gleich Sodom und Gomorrha durch einen Feuer- und Schwefelregen beseitigt worden!



**Das Auto auf den Straßenbahnschienen.** (Urteil des Reichsgerichts vom 11. Januar 1913.) Wie risikant das von den Kraftwagenführern oft beliebte Fahren auf Straßenbahnschienen ist und wie leicht es zu bedauerlichen Unfällen führen kann, durch die der kleine Vorteil größerer Schonung der Pneumatik längst wieder wettgemacht wird, zeigt der Fall des Autodroschlenführers Wilhelm Pumpy, der wegen fahrlässiger Tötung vom Landgericht Berlin I am 5. Oktober 1912 zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist. Es handelte sich dabei um folgenden Vorgang: Am 8. März 1912, 7 Uhr 40 abends, fuhr Pumpy, der erst seit drei Tagen das Führerattest besaß, mit seiner Autodrosche vom Bahnhof Börse durch die Burgstraße über die Friedrichsbrücke nach der Straße „Unter den Linden“. Beim Einbiegen von der Burgstraße nach der Brücke sprang der Wagen plötzlich auf den Bürgersteig und wollte weiter, bis er am Brückengeländer stehen blieb. Dabei wurde der Metallarbeiter Schmidt, der sich gerade auf dem Heimweg befand, erfasst, an das Geländer gedrückt und so schwer verletzt, daß er infolge des Blutverlustes bald darauf an Herzschwäche verstarb. Wie sich weiter herausstellte, war Pumpy auf den Straßenbahnschienen gefahren, wobei sich die Reifen natürlich in den Schienenrillen angefangen hatten. Um nun wieder loszukommen, steuerte Pumpy mit abgestelltem Motor scharf nach rechts und versuchte alsbald, das Steuerrad wieder in die gerade Richtung einzustellen. Dies gelang jedoch nicht, da sich im Steuerungsmechanismus etwas festgeklemmt hatte. Der Wagen blieb daher in der seitlichen Richtung und sprang infolge des Trägheitsmomentes auf das Pfaster, wo er dann noch die wenigen Meter bis zum Geländer weiterrollte. Dementsprechend hätte genügt, da dann das Auto ins Schleudern gekommen wäre und vielleicht noch größeres Unglück angerichtet haben würde. Nach Ansicht des Reichsgerichts bestand Pumps Fahrlässigkeit darin, daß er in dieser verkehrsreichen Gegend auf den Straßenbahnschienen fuhr und gerade hier an der Straßenkreuzung das gefährliche Manövrier des Vorausfahrens aus den Rillen vornahm. Er hätte ruhig weiterfahren und erst an einer weniger belebten Stelle die Schienen verlassen sollen. Die Folgen seiner Handlungsweise waren ihm sehr wohl voraussehbar. Dennoch ließ er aber die in seinem Berufe erforderliche Sorgfalt und Vorsicht außer Acht und verursachte so den Tod eines Menschen. In seiner Revision beim Reichsgericht machte Pumpy geltend: Das Vorberichter habe das Sachverhaltsgutachten nicht richtig gewürdigt. Da er durchaus richtig manövriert habe, beruhe der Unglücksfall auf höherer Gewalt. Er habe, um sich nicht einer Ueberretzung der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen schuldig zu machen, gerade in der Gegend starken Verkehrs die Schienen verlassen zu müssen geglaubt. Diesen Revisionsrügen hat jedoch der höchste Gerichtshof keine Durchschlagkraft beigemessen, das Urteil als einwandfrei befunden und entsprechend dem Antrage des Reichsanwaltes die Revision als unbegründet verworfen, da vor allem die Voraussehbarkeit als vielumstrittenen Moment des Vorbestandes sich lindenlos aus den tatsächlichen Verhältnissen der Vorinstanz nachweisen ließ.

**Charlottenburg. Branchenversammlung der Privat-Chauffeure.** Ueber Strafrecht und Arbeitsrecht sprach ein Kollege am 9. Januar d. J. in der Branchenversammlung der Privat-Chauffeure. Der Referent schilderte ausführlich, wie durch das Strafrecht besonders bei Chauffeuren die kleinste Straßenübertretung scharf geahndet wird, was ja auch bei der Objektivität der Laiengerichte gar nicht anders zu erwarten ist. Das Dienstverhältnis ist so verschieden, daß die Chauffeure gar nicht wissen, ob sie unter die Gewerbe- oder die Gewerbeordnung gehören. Kommt ein Privat-Chauffeur wegen Straftaten nach dem Gewerbegericht, so wird er mit dem Bemerkten, daß er unter die Gewerbeordnung gehöre, abgewiesen. Referent streifte dann kurz nochmals die Haftpflicht und Versicherungsspflicht der Chauffeure, woran sich eine lebhaft Diskussion schloß. Der Redner mußte mehrmals Aufklärung geben, um die verschiedenen Ansichten zu klären. — Nachdem noch andere Berufsfragen erledigt waren, wurde vom Kollegen Hg. die Arbeitsvermittlung besprochen und folgender Beschluß mit großer Majorität angenommen:

„Der Arbeitsnachweis möge nach Charlottenburg verlegt werden, da der größte Teil der großen Wagen im Westen zu finden ist und die arbeitslosen Kollegen dann nach der angenehmeren Stellung nicht so große Entfernungen und nicht das kostspielige Fahrgeld hätten, als wie jetzt nach und von dem Westplatz. Auch würde der Arbeitsnachweis dadurch einen größeren Anspuch von Arbeitgebern sowohl Arbeitnehmer haben.“

Die Verammlung wies einen guten Besuch auf. Im Interesse der Sache aber werden die Kollegen ersucht, künftig möglichst pünktlich zu erscheinen.

**Ueberflüssige Leute scheinen in der Zeitung des Dortmunder Chauffeurvereins zu sitzen.** Unser Artikel, in dem wir nachwiesen, daß viele der sogenannten besseren Chauffeurvereine unbekannt dem Kapitalismus Dienste leisten, hat sie veranlaßt, in der letzten Nummer des „Kraftwagenführer“ unter „Berühmtes“ ihre Beistütze auszurufen und sich dabei unsterblich zu blamieren. Wir haben nachgewiesen, daß an der Gründung jener Chauffeurvereine einzelne Kapitalisten mehr oder weniger materiell interessiert sind. Die Herren behaupten nun in ihrer bewußten Selbstverleugung: „Wir haben bisher noch mit keinem privatrechtlich-fiktionalen Unternehmer in unserem Verein zu tun gehabt und werden das auch in Zukunft zu vermeiden wissen. Wir haben unseren Verein selbst gegründet und aus eigener Kraft aufrecht erhalten.“ Und wenn der Teufel es auch beim Fragen hat, das Böllchen merkt es nie. Solche Kinder sind um ihre Gültigkeit wahrhaft zu beneiden. Das liegt ja gerade im allgemeinen privatrechtlich-fiktionalen Interesse, daß recht viele solch billige Berufsvereine gegründet werden, die nicht instand sind, den Unternehmern auch nur ein Härchen zu trimmen. Da reiben sich alle Unternehmer ob der Schlaubeit ihrer erstklassigen Fahrer vergnügt die Hände und lachen wie die Aukoren, wissend, daß ihnen und ihrem Profit von M... heiden kein Schade geschehen kann. Ganz abgesehen von den saftigen Profitten, das solche Vereine indirekt dem Drucker, den Annoncenfasslern und den Reparaturfristen einbringen. Den Gipfel der Bauernschlaubeit erkennen die Dortmund der Erstklassigen aber mit folgender Definition ihres gewerkschaftlichen Indifferenzismus: „Nennt ihrselbe (der Courier) etwa das Dünnkel“, wenn wir keine Lust haben, uns einer Organisation anzuschließen, deren Mitglieder die Führtreite, es sich häufig angelegen sein lassen, uns Chauffeure täglich und stündlich auf der Landstraße zu quälern? Bringt der T. B. erst einmal den bei ihm organisierten Führer bei, daß auch wir ein Recht haben auf der Landstraße zu fahren, und daß auch die Führer sich nach der Fahrordnung zu richten haben und uns nicht täglich absichtlich oder im Schlaf Gefahr bringen, dann werden wir diesen Dünkel wohl von selbst verlieren, vorausgesetzt, daß wir solange leben bis die Führer uns für gleichberechtigten ansehen.“ Nun, nennen wir es nicht Dünkel, nennen wir es Dummheit, konzentrierte Dummheit, wenn die Herren meinen, die unorganisierten Führer würden ihr Benehmen gegen die Chauffeure ändern, wenn Letztere sich nicht dem T. B. anschließen. Wenn diese Ueberflüssigkeit sein wolle, den Vereinsleiter ihren Gehirntafeln nur ein ganz kleines bisschen anstrengen würden, dann müßten sie erkennen, daß es viel leichter möglich ist, in gemeinsamer einseitiger Organisation die Kollegen zu gegenseitig vernünftigen und entgegenkommenden Verhalten auf der Straße zu erziehen, als durch zwecklose organisatorische und berufliche Verfeinerung. Das ist ja eben der große Zweck der Einheitsorganisation der Transportarbeiter mit, die Kollegenzeitung dahin zu erziehen, daß sie sich bei der Berufsarbeit gegenseitig das Leben erleichtert, daß sie alles tut, um kameradschaftliches Handeln und Fühlen herbeizuführen und so der Straftat und der Polizei das Konzept zu verderben. Wer sich also außerhalb der gemeinsamen Organisation stellt, wer Vereine gründet, die den öbsten und blödesten Kastengeist pflegen, der zäumt das Pferd beim Schwanze auf, der beschärft durch seine Handlungsweise das nun einmal vorhandene Vorurteil der Berufs-Kollegen vom Hofmeister. Scharf vom Begriff, wie die Dortmund Vereinsleiter es nun einmal sind, können sie nicht erfassen, warum wir behaupten, daß die Tendenz der Bundesvereine eine vollständig arbeiterfeindliche ist. „Also“ — sagen die Herren — „wir gründen einen Verein als unsere eigenen, etwa um uns selbst zu befähigen.“ Leider, leider ist es so. Jeder, der die von allen Seiten von Feinden und Scharmachern bedrohte Arbeiterbewegung durch Zersplitterungsbestrebungen in der Ausübung ihrer Macht hemmt, ist, wenn auch unbekannt und vielleicht nur aus Dummheit, der Feind der Arbeiterklasse, denn er verzögert deren Aufstieg, er vermindert durch eine derartige Handlung die Stoffkraft der Arbeiterschaft um bessere Lohn und Arbeitsverhältnisse. Also ist jeder Zersplitterer der Arbeiterorganisation, jeder Gründer irgendeiner absurden blauen, gelben oder farblosen, ohnmächtigen Berufsvereins nicht nur ein Verbrecher an den materiellen und geistigen Interessen der gesamten Arbeiterklasse, sondern auch ein Gegner der Verbesserung seiner eigenen Lebenslage. Es gehört allerdings eine große Portion geistiger Beschränktheit dazu, solches zu tun und die Folgen seiner Tat nicht zu erkennen. Solchen Leuten kann man wohl mildere Umstände zubilligen, aber sie nicht freisprechen. Was Krieg ich vom Verband, ist die Frage des Indifferenzisten, der noch nie etwas von der Arbeiterorganisation gehört hat, wenn er zum Beitritt aufgefordert wird. Und „was bietet im übertragen der T. B. den Chauffeuren?“, so fragt wie ein Kind der Weise in Dortmund und fährt fort: „W. C. für vieles Geld verhältnismäßig wenig: Die Verdienungsgebel von 20—120 M. und die anderen Unterstützungen

dementsprechend.“ Selbige Unschuld, der Herr erleuchte deinen Geist. Es muß auch Leute auf der Welt geben, die das Buerdell zum Erschlittern bringen, das ist in dieser bitteren Zeit wirklich nötig. Das aber versteht der Dortmund Chauffeurvereinsleiter zu gründlich. Also, ihr 230000 organisierten Transportarbeiter, seht wißt ihr: Wegen eines Sterbendes von 20—120 M. zahlt ihr wöchentlich 60 Pf. Beitrag. Man muß schon ein ausgeglichter Vereinsleiter sein, um solche Chimborassodummet auch nur auszusprechen, geschweige denn sie als Behauptung aufzustellen. Der gute Mann in Dortmund hat eben keine Klasse Ahnung von den Aufgaben und dem Zweck einer modernen Gewerkschaftsorganisation. Er weiß nicht, daß deren Hauptaufgabe nicht die Unterstützung, sondern der Kampf um bessere Arbeitsverhältnisse ist, denn, versteht ihm, er betrachtet auch dem T. B. durch die beschlagene und verbleiberte Brille seines Vereinzins. Der ahnungslose Engel hat seinen blauen Dunst davon, daß der T. B. jährlich Millionen und Abermillionen allein an Lohnersatzungen für seine Mitglieder herauszahlt. Ganz abgesehen von den übrigen Ertragsleistungen, die er seinen Mitgliedern Jahr für Jahr erkämpft. Und dann so nebenbei gefagt, gehen die an die Mitglieder jährlich ausbezahlten Unterstützungsgelder auch in die Millionen. Dagegen hat noch kein Chauffeurverein, auch das Dortmund nicht, schon jemals für seine Mitglieder auch nur eine Markt Lohn herausgeholt. Von anderen Erfolgen ganz zu schweigen.

Schließlich verdammt sich der Erstklassige aber doch, wo bei ihm der Hase im Pfeffer liegt. „Wir im Bund bezahlen nur 6 M. an Beiträgen, also den fünften Teil dessen, was in T. B. bezahlt werden muß.“ Ich denke, daß wir wohl für uns alle in eine leistungsfähige Organisation haben können, wenn nur jeder entschlossen ist, mitzuarbeiten und zu wirken. Das Geld, was wir aber dann haben, das haben wir für unsere eigenen Angelegenheiten und nicht noch für 10 andere Berufs.“

Also trafter Ego ist reinsten Wassers. Ex ego, erst komme ich, ist sein oberster Grundsatz und ein solcher Mann will eine leistungsfähige Chauffeurorganisation schaffen? Alle für einen oder nicht einer für alle, ist sein Motto und nur zur Werbung der Außenwelt steht er es um. Und der Mann schimpft über die ungebildeten Führer, die in ihren kleinen Fingern mehr Solidaritätsgelübde besitzen, als er in seinem ganzen Korpus aufzuweisen vermag. Solch kurzschichtiger Kniederer brüsst sich noch wie ein Erzhorn ob seiner Taten auf, statt daß er sich vor Scham in die Erde verträuche. Herr verzeihe ihm, denn er weiß nicht was er tut, und gib ihm in deiner unendlichen Güte statt des Häfells etwas Vernunft in seine Gehirnschale, die Chauffeure aber, o Herr, denen du solche Führer in deinem Jorn geschickt, erlöse sie von dieser harten Strafe.

**Ueberholen der Straßenbahn durch nachfolgende Fahrzeuge.** (Urteil des Reichsgerichts vom 16. Januar 1913.) Das Ueberholen der Straßenbahn durch nachfolgende Autos, das besonders an den Haltestellen der Straßenbahn für die dort ein- und aussteigenden Passagiere große Gefahren bringt, hatte in der Nacht vom 23. April 1910 in Dresden zu einem folgenschweren Unfälle geführt. Der Kläger Fr. war damals mit der Straßenbahn in der Richtung nach Tolkewitz zu gefahren und war an der Haltestelle Schandauer Ecke Altenberger Straße von der Straßenbahn abgelassen. Der Wagen war zwar noch im Gange gewesen, er war aber bereits so langsam gefahren, daß das Abspringen ungefährlich gewesen wäre, wenn der Chauffeur eines der Straßenbahn folgenden Autos vorsichtiger gehandelt hätte. Der Chauffeur war bestrebt gewesen, an der Straßenbahn noch vorbeizukommen, bevor sie hielt. Als Fr. vom Perron gesprungen war, hatte der Chauffeur zunächst ersucht, scharf nach dem Trottoir zuzufahren. Wäre der Passant zwischen Straßenbahn und Auto stehen geblieben, dann wäre nichts passiert; obwohl der Chauffeur sofort so stark bremste, daß sein Fahrgast vom Sitze fiel, geschah doch das Unglück. Fr. geriet zwischen das Vorderrad des Autos und die Bordwand und erlitt erhebliche Verletzungen. Landgericht und Oberlandesgericht Dresden beurteilten die Automobil-Droschken- und Luruswagenellschaft deren Chauffeur das Unheil angerichtet, dem Verletzten den geforderten Schaden zu ersetzen. Daß der Chauffeur, so führte das Oberlandesgericht aus, nicht jede nach den Umständen erforderliche Sorgfalt beobachtet habe, siehe fest. Zunächst habe er, hinter der Straßenbahn herfahren, rechtzeitig hupen müssen. Er habe aber ungestreift das letzte Mal nach in großer Entfernung von der Straßenbahn gehupt. Besonders an der Haltestelle hätte der Chauffeur anhalten müssen, wenn er nicht habe vorbeikommen können. Daß er so langsam gefahren sei, wie vorgeschrieben gewesen sei, behauptete der Chauffeur selbst nicht. Nach § 21 der Verkehrsordnung habe der Chauffeur überhaupt nicht recht vorbeifahren, sondern den Straßenbahnwagen nur auf der linken Seite überholen dürfen. Ein etwaiges Mitschulden des Verletzten selbst komme nach § 4, 2 des Ausgangsgesetzes nur für die Abwägung des



Wege weiter zu schreiten, damit sie die Wünsche der Kollegen zur vollen Anerkennung bringen könne.  
In die Branchenleitung wurden gewählt die Kollegen: Boffard als Branchenleiter, Bornowski zum Stellvertreter, Witterman als Schriftführer, Schmidt zum Stellvertreter, Bachmann, Frank und Raabe als Beisitzer.  
Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten, welche von einschneidender Bedeutung für die Branche sind, wurde die Versammlung geschlossen.



Gegen eine Neueregung der Sonntagsruhe richtete die Eßlinger Handelskammer am 19. Dezember an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe eine Eingabe, in der es u. a. heißt: „Wir bitten, die im § 2 Ziffer 1 des Entwurfs für die offenen Verkaufsstellen vorgesehene grundsätzliche Regelung der Sonntagsarbeit nicht beizubehalten, es vielmehr bei den bisherigen Bestimmungen zu belassen, soweit die offenen Verkaufsstellen in Betracht kommen. Sollte aber dennoch die Notwendigkeit vorliegen, die Höchstgrenze der Arbeitszeit in den Ladengeschäften grundsätzlich herabzusetzen, so bitten wir, im Einklang eine Bestimmung aufzunehmen, durch die das Zweekbedienen der Kundenschaft nach Ladenschluß gestattet wird, das heute nur an Wochentagen erlaubt ist. Die bürgerliche Bevölkerung ist zum Teil gezwungen, Sonntags in der nächstgelegenen Stadt ihre Einkäufe zu besorgen, da die Wochentage mit der Berufsarbeit ausgefüllt sind. Die Zahl derjenigen Geschäfte, namentlich in den kleinsten Städten unseres Bezirks, die auf die Einkäufe der bürgerlichen Bevölkerung angewiesen sind, ist außerordentlich groß. Es gibt sogar eine ganze Anzahl Detailhandelsbetriebe, deren Lösung Sonntags ebenso groß, ja mitunter sogar noch größer ist, als an allen anderen Tagen der Woche zusammen. Wenn nun die Verkaufszeit solcher Geschäfte von 5 auf 4 oder sogar 3 Stunden beschränkt wird, so ist als sicher anzunehmen, daß ein Teil der Landkunden im Hinblick auf die kurze Zeit, die ihnen für die Einkäufe verbleibt, des Sonntags den Besuch der nächstgelegenen Stadt einstellt. Die Landbevölkerung wird voraussichtlich ihre Bedürfnisse in verstärktem Maße bei Hausierern und Detailreisenden decken; mit anderen Worten, das Hausiergewerbe wird zunehmen und das flache Land von Detailreisenden überschwemmt werden. Auch eine weitere Konkurrenz des realen Detailhandels, nämlich die Geschäftshandlungen und die großen Vergnügungsetablissemensbetriebe, werden durch die Verminderung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe gestärkt werden. Wenn auch nach § 14 des Entwurfs die Gast- und Schankwirtschaften nur zum Genuß auf der Stelle Waren verkaufen dürfen, so wird das Publikum doch Wege finden, in höherem Maße als bisher, seinen Bedarf an gewissen Verbrauchsartikeln wie Zigaretten,

Bier usw. in Wirtschaften und Vergnügungsetablissemensbetriebe zu decken, da ihnen der Einkauf bei Detailhändlern in weiterem Umfange unterbunden ist. Sollte es aber dennoch nicht möglich sein, eine Geschäftszeit von fünf Stunden statt von 3 bzw. 4 Stunden beizubehalten, so fordert die Gerechtigkeit als Ausgleich, den Kleinhandlern das Zweekbedienen auch Sonntags zu gestatten. Nach der Vorschrift des Gesetzes hat der Geschäftsinhaber den Kunden, der zur Zeit des Ladenschlusses wertvolle Stoffe beschafft, aus der Türe zu weisen. Er darf den Angestellten nicht auftragen, die wertvollen Stoffe wieder einzupacken. In kleineren Geschäften kann das Fortlegen der wertvollen Stoffe der Prinzipal selbst besorgen. In größeren Geschäften dagegen, namentlich in solchen mit über 20 Angestellten, ist es für den Ladeninhaber unmöglich, die ausgelegten Stoffe sämtlich selbst wieder einzupacken. In der Praxis wird daher auch das Zweekbedienen der Kundenschaft den gesetzlichen Bestimmungen entgegen durchgeführt. Die Polizeiverordnungen sehen in allgemeinen über eine Verletzung der Bestimmungen hinweg und schreiben nur ein, wenn Anzeigen böswilliger Konkurrenten, Angelegter usw. eingeht. Die gesetzlichen Vorschriften über das Zweekbedienen der Kundenschaft bedürfen jedenfalls dringend einer Aenderung.“

Die alten Ladenhüter. Tausendmal und mehr haben wir diese Begründungen schon hören müssen und sie wirken nachgerade schon deo und langweilig. Das Zweekbedienen in den Läden am Geschäftsschluß, das in unseren großen Warenhäusern sich um Stunden hinausziehen kann, soll gestattet und damit die Sonntagsruhe überhaupt illusorisch gemacht werden. Damit aber nicht genug, auch das Aufräumen soll noch erlaubt werden, fehlt nur noch das Fußlegen und Großreinmachen der Geschäfte. Die Gier nach Ausbeutung der Arbeitskräfte findet eben bei den Herrschaften keine Grenze.

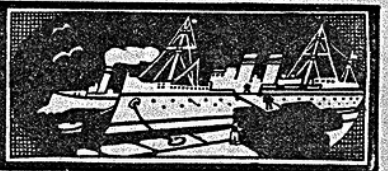
Köstlich und wertvoll ist das Zugeständnis, daß die Polizei keine Uebertretungen sieht, wenn sie nicht ausdrücklich von dritter Seite darauf aufmerksam gemacht wird. Damit wird die Polizei ganz offen einer schweren Pflichtverletzung geziehen. Die Handelskammermänner werden diese behördliche Pflichtverletzung wohl beweisen können, sonst würden sie dieses gewiß nicht behaupten. So liefern die Handelskammerleute untreuhändig das Material für den Kampf um die Sonntagsruhe mit der Regierung.

Ganz wie bei uns. In der Wiener Arbeiterzeitung lesen wir: In der Alsterstraße plagte sich gestern ein etwa fünfzehnjähriger Bub, einen schwer beladenen Handwagen vorwärts zu bringen. Mit dem schwindsigen Gesicht fast an der Erde, mit gestimmtem Rücken, auf dem schneigen Pflaster immer wieder zurückgleitend, arbeitete er sich mühselig Schritt um Schritt vorwärts. Die und da riefte er leidend und warf verdrießliche Blicke auf den hoch mit Tuchballen beladenen Wagen hinter sich. Der Bub und seine

Plage fielen bald auf. Einige Leute stellten sich dem Kleinen in den Weg und bald gefellte sich der Gruppe ein Bachmann. Ausgerüstet mit offenem Notizbuch und Bleistift drang er in den Bub, ihm zu sagen, wer sein Auftraggeber sei. Der Bub weigerte sich aber beharrlich, das zu verraten. Der Bub, das sag' i neil! Mei Herr tat! dann so neil schlechschimpfen! I bitt' schön, lassen' s' mi weiterfahr'n! So und ähnlich jammete er, immer wieder bemüht, mit seiner Last dem Bachmann und den über die dem Bub zugemutete schwere Aufgabe empörten Leuten zu entriemen. Der Bachmann erklärte schließlich, daß er keine Macht habe, den Bub zu zwingen, den Namen seines Meisters zu nennen. „Wann er's net sag'n will, laßt si nix mach'n!“ Der Bub zog wieder an. Er brachte den Wagen erst wieder in Bewegung, als sich ein Brieftträger mit Bereitwilligkeit zum „Antaucher“ hergab. Nun ging's, und der Bub war fertig. Einige Leute gingen neben ihm her und bemühten sich, ihn zum Sprechen zu bringen. „Sei net so dumm, Bua! Sag', wer is denn der Meister! So a Kindermarterer g'hört anzaqt! Wia hast er denn?“ Der Bub blieb fest. „Na, na, i bitt' schön, laßt' s' mi, i sag's neil! I verlier' s' G'schäft!“ „Wo führst' denn gar hin, das Wag'l?“ „Weit nach Ottakring aus!“ Schließlich erzählte er, daß er Kaufbursche sei. „Was hast d' denn da Lohn? — Fünf Guld'n im Monat! — Und wie oft machst d' denn mit so an Wag'l' fahr'n?“ „Fast alle Tag'!“ Einige Zeit später, oben bei der Abzweigung der Sobadgasse von der Alferstraße, wurde ein zweiter Bachmann angerufen. Es wiederholte sich das Schauspiel von früher. Der Bachmann trat zurück. „Wann er nix sag'n will, laßt si nix mach'n!“ Die Leute ringsum schimpften. „Alstern, ma muas unbedingt drauf wart'n, ob der arme Bua vielleicht z'samm'fakt. Wann er dann von der Rettungs-g'sellschaft wegg'schafft wird, derz's aufatamma, wer den Bub'n zu so aner Biedarbeit zwingt! Das is das anjige Mittel!“ Der Bachmann zuckte die Achseln. „Ja, schau' s'! I kann nix dageg'n ma'n!“ Der Bub mit seinem Wagen war inzwischen wieder weiter gefahren. Jetzt mit einem Behringungen als Helfer, der selbst ein Niesenwinkel auf dem Rücken hat'e. Oben auf dem Gürtel sah ich schon auf Entfernung wieder einen Menschenaufsatz. „Aha, dach'e ich, schon wieder der arme Bub! Vielleicht wird jetzt herauskommen, wer sein menschenfreundlicher Auftraggeber ist!“ Aber nein, es handelte sich nicht um den Bub. Ein Kohlewagen kam nicht vom Fiede. Und ein Bachmann stand inmitten des Anlaufes und schrieb den Aufseher auf, weil der Wagen überladen war. „So a Viechermarterer!“ schimpften die Leute. Die Pferde legten sich stampfend, daß die Funken stoben, in die Zügel. „Die armen Viecher! Wia guat aber, daß a Tiereschupverein existiert!“ hieß es ringsum. Irrend wo in der Nähe war wohl wieder ein Aufwasch um den Bub, der nicht weiter konnte. Und eifliche Leute empörten sich wohl wieder gerade, daß dagegen nichts zu machen sei. Ja, wenn der Bub ein Pferd war'!



# Hafenarbeiter



Bremen. Muß dem Hafenarbeiter die Arbeitzeit vergütet werden? Mit dieser Frage hatte sich das Gewerbeamt zu beschäftigen. Den Anlaß hierzu gab eine Klage des Hafenarbeiters G., der von dem Stauerunternehmer Köhler einen Tageslohn von 5,10 Mk. forderte. Der Kläger war mit 13 anderen Arbeitern von dem Beklagten zum Verladen von 400 Tonnen Kohlen angenommen worden. Die Arbeit sollte im Afford ausgeführt werden. Am 18. Dezember wurde die Arbeit morgens in Angriff genommen. Am folgenden Mittag konnte die Arbeit nicht fortgesetzt werden, weil die Kohlen infolge eines Eisenbahnunglücks ausblieben. Die Unterbrechung der Arbeit dauerte bis zum Mittag des 26. Dezember. Während dieser Zeit mußten sich die Arbeiter zur Verfügung halten. Der Kläger bezieht sich auf eine Bestimmung des Tarifs für die nichtländischen Hafenarbeiter, wonach die Wartezeit nach halben Tagen verrecknet werden soll. Nach Ansicht des Beklagten hat der Kläger keinen Anspruch auf eine Vergütung der Wartezeit. Er stützt seine Auffassung auf eine andere Bestimmung desselben Tarifs, wonach die Unternehmer verpflichtet sind, den Arbeitern einen Tagesverdienst von 5,10 Mk. zu garantieren. Da die Arbeiter trotz der Wartezeit in 2 1/2 Tagen 21,75 Mk. im Afford verdient haben, so haben sie nach Ansicht des Beklagten keinen rechtmäßigen Anspruch mehr auf die Vergütung der Wartezeit. Das Gericht zog zu dieser Verhandlung den Kapitän Weder und den Gewerkschaftsbeamten Leiber als Sachverständige hinzu. Diese hatten derzeit als Mitglieder der beiderseitigen Kommissionen an den Tarifverhandlungen teilgenommen. Ihre Meinungen gingen auch auseinander; Kapitän Weder war der Ansicht, daß der Beklagte im vorliegenden Falle die Wartezeit nicht zu bezahlen brauche. Gewerkschaftsbeamter Leiber war dagegen gegenteiliger Ansicht. Das Gericht hielt es unter diesen Umständen für zweckmäßiger, die Sache ruhen zu lassen, bis das Schiedsgericht hierzu Stellung genommen hat. Damit waren beide Parteien einverstanden.

Am 17. 903 Seeschiffe mit zusammen 13 861 000 N. N. Z. gegen 17 838 Seeschiffe mit zusammen 13 199 000 N. N. Z. im Jahre 1911.  
Der Seeschiffs-Verkehr betrug im abgelaufenen Jahr also insgesamt 27 658 009 N. N. Z. gegen insgesamt 26 375 000 N. N. Z. im Jahre 1911. Die Steigerung beträgt 1 283 009 N. N. Z. = 4,9 pCt. Die Zunahme ist wahrlich nicht imponierend.  
Freiheit! Im „Hamburger Echo“ finden wir folgende Notiz:  
„Von den verschiedensten Seiten ist schon berichtet worden, die Staatsfahnenarbeiter für „nationale“, christliche und sonstige Organisationen einzuzugewinnen, um sie vom Transportarbeiter- bzw. Staatsarbeiterverband fernzuhalten. Jetzt ist etwas ganz neues auf diesem Agitationsgebiet geleistet worden, und zwar war in diesen Tagen ein Schreiben im Umfang zwecks Gründung eines Gemeindefußes in der Catharinen-Kirchengemeinde. Unterzeichnet war dieses Schreiben von Weverenz. Es ist nun wohl auch anzunehmen, daß es vom Inspetor Weverenz herkommt, da dieser Herr Kirchenvorstand ist. Von einigen Schuppenvorstehern wurden die Arbeiter einzeln aufgefordert, dieses Schreiben zu unterschreiben, obwohl keiner den Fußfall hatte. Andere Schuppenvorsteher schickten Arbeiter damit herum, um Unterschriften zu sammeln. Im ganzen hat es wohl nicht allzu viel gebracht.  
Die leitenden Beamten der Arbeiterverwaltung glauben gewiß ein gutes Werk zu tun, wenn sie ihre Arbeiter mit beratigen Wohltaten bescheiden können, während eine vor einem Vierteljahr versprochene Erhöhung des Affordlohnfußes noch immer nicht in Kraft getreten ist.“  
Um den Grad dieser Freiheit zu ermaßen, muß man wissen, daß die Catharinen-Kirchengemeinde eine der reichsten unter den reichen in Hamburg ist. Und die reichen „Glaubigen“, die in dieser Gemeinde wohnen, sind Großkaufleute und Hafenbetriebsunternehmer, also Leute, die sich von den Hafenarbeitern ernähren lassen — also auch von den Katarbeitern, die bei ihrem Hundelohn nicht leben noch sterben können.  
Ein waschechter Christ, echt in der Wolle gefärbt. In Hamburg finden in nächster Zeit Bürger-schaftswahlen statt, an denen sich auch die „Hamburgisch-Konservativen“, denen es im Staate Ham-

burg noch nicht reaktionär genug zugeht, mit eigenen Kandidaten beteiligen. Als wahren Vertreter organisierten Interesses liegen diese Konservativen denn auch, in edler Würdigung der Person, den faktisch bekannten Christlichsozialen Dr. Mumm, den Hofkapellmeister, in einer Wählerversammlung zu Neuen-gamme sprechen. Dieser „Volksmann“ hat nun in bezug auf die Einheitschule nach dem „Hamburger Echo“ erklärt:  
„es könne nicht angehen, daß der Sohn eines besseren Bürgers neben dem des verfallenen Hafenarbeiters ste.“  
Diese freche Beschimpfung des arbeitenden Volkes rief natürlich in der ständigen Versammlung einen Sturm der Entrüstung hervor, sobald selbst ein so reaktionäres Organ, wie die „Hamburger Nachrichten“, sich bemühte, diese Auslassungen als „harmlos“ hinzustellen. Dr. Mumm erklärt selbst hinterher, er habe nur sagen wollen, „es liege nicht im Sinne des organischen Fortschritts, wenn die Kinder des Großkaufmanns neben dem Sohne ihres Kontorboten sitzen müßten.“  
So kann nur ein echter Städter-Christ reden, denn das ist zwar nicht bößhaft ausgedrückt, entspricht aber so recht der Ansicht unbefähigster Herrschermoral. Dieser Ausdruck zeigt wieder einmal, daß auch die protestantischen Geistlichen das Volk in Dummheit und Unwissenheit erhalten wissen wollen und gleichzeitig wird wieder einmal dokumentiert, welche schwärzesten Geisteskinder die Christlich-Sozialen sind. Dies Dokument der Schande verdient aufbewahrt zu werden, damit es bei Gelegenheit den frommen Augenverdreher wieder einmal um den Kopf gefächelt werden kann. Zweifellos hat Dr. Mumm in Neuen-gamme das gesagt, was mit wenigen Ausnahmen die bürgerlichen Kandidaten denken.  
Wäre Mumm katholischer Pfaff, so dürfte man annehmen, das Jähbat hätte ihm die Natur ins Gesicht getrieben, aber welche Ursache erregte im ewangelischen Kopfe des Städter-Mumm diese seltsamen Sumpfbüßnisse. Der Sohn eines Großkaufmanns kann nicht neben dem Sohn eines Hafenarbeiters sitzen? Ja, warum denn nicht? berechier Schwarzstrad? Scheut sich doch der Großkaufmann nicht einmal, die

Am Hamburger Hafen sind im vergangenen Jahre 17 999 Seeschiffe mit insgesamt 13 797 000 N. N. Z. gegen 17 965 Seeschiffe mit insgesamt 13 176 000 N. N. Z. im Jahre 1911 angekommen. Abgegangen

wohlgepflegten Hände in die Taschen des Hafnarbeiters zu stecken, um den letzten Groschen als seinen Profit zu reklamieren, für solche Handverfertigkeiten sollte gerade ein "Diener" der Kirche Verständnis haben. Durch ihre Grobdrahtigkeiten, Herr Vic. Mumm, wird leicht das "gute Verhältnis" zwischen Hafnarbeitern und Unternehmern getrübt — und dafür danken wir Ihnen, verehrter Herr Mumm (Leigreis).

**Hamburg.** Mit welcher Rücksichtslosigkeit man im Hamburger Hafen die Arbeiter mißhandelt, geht aus folgender Zuschrift der Schutz- und Verkehrs-kommission hervor:

Vom Oberhafen durch den Reiberstieg nach Hamburg müssen die Schlepddampfer und Barkassen, die zur Personenbeförderung dienen, die Elberholzschleuse benutzen. Der Betrieb dieser Schleuse hat schon oft zu Beschwerden Veranlassung gegeben, ohne daß eine Abhilfe erfolgt ist. Eine sehr langsame Durchschleusung der Fahrzeuge wie hier ist für keiner anderen Schleuse üblich. Sind bei Deffnung der Schleusentüren nur zwei bis drei Fahrzeuge in die Schleusenkammer eingeholt, so müssen diese so lange warten, bis die ganze Schleusenkammer mit Fahrzeugen vollgeproßt ist. Oft haben Fahrzeuge schon bis 25 Minuten warten müssen. Das ist ein Zustand, der den Arbeitern auch wirtschaftliche Nachteile bringt. Durch das zu späte Anlandkommen können sie bei der um 6 Uhr abends beginnenden Arbeitseinteilung nicht mehr berücksichtigt werden, da sie um 6 1/2 Uhr erst in den Kontoren antanzen. Das bedeutet für die Leute eine Schmälerung ihres Einkommens um einen ganzen Tagelohn.

Neben der Gefahr der wirtschaftlichen Schädigung kommt aber noch etwas anderes in Betracht. Wie bekannt, ist auf den Schlepddampfern oder Barkassen, die zur Personenbeförderung dienen, nicht der geringste Schutz gegen Wind, Regen und Kälte vorhanden. Dicht gedrängt stehen die Leute an Deck, allen Unbilden der Witterung ausgesetzt. Wie oft sind sie nicht schon in diesem Herbst infolge der langen Warten in der Schleuse bis auf die Haut durchnäßt aus Land gekommen. Das dies der Gesundheit zuträglich ist, wird gewiß kein Mensch behaupten können, noch dazu, wo viele Arbeiter erst nach Stunden in ihrer Säuslichkeit anlangen. Weiter kommt noch hinzu, daß die Führer der Fahrzeuge oft die wertvolle Zeit durch schnelles Fahren wieder einholen müssen und die Gefahr des Zusammenstoßes, speziell im Reiberstieg, wo der Verkehr ein besonders großer ist, dadurch vergrößert wird. Die beteiligten Arbeiter erwarten, daß die zuständige Behörde Veranlassung nimmt, für dauernde Abhilfe baldigst zu sorgen.

**Hamburg.** Schlechtes Betriebsmaterial scheint es gewesen zu sein, das man auf dem am Peterstraße, Schuppen 28, liegenden Hamburger Dampfer "Binz Regen", der Deutschen Ostafrika-Linie, zum Löschen der Hölzer gebrauchte. Als nämlich eine Kettenföhrung voll Holz bis zur Lendenhöhe hochgewunden war, brach die Kette und die Siebe fiel in den Raum zurück, wo zwei Gänge Schauerleute beschäftigt waren. Zum Glück ist kein Mensch verletzt worden. Man sollte doch denken, daß man auf diesen Schiffen haltbares Material führt — aber der Profit!

**Wie die millionenschwere Hamburg-Amerika-Linie ihre alten Vorarbeiter zu Weihnachten bescheerte,** das zeigt folgende Zuschrift, die das Hamburger Echo erhielt:

Vor einiger Zeit hatten die Vorarbeiter der Hamburg-Amerika-Linie höchst um eine Lohnzulage gebeten. Am Heiligabend nun wurden gegen 30 der alten Vorarbeiter zusammengerufen, die schon 20 bis 30 Jahre bei der Gesellschaft in Arbeit stehen und wohl nicht mehr so treiben können, wie die jüngeren. Diesen verdienten Leuten wurde nun gesagt, die Lohnforderung sei von der Direktion abgelehnt worden, dafür sei aber den Vorarbeitern 50 Mt. Weihnachtsgroßzahlung zugesprochen, freilich nur denen, die nicht hier zusammengewiesener seien, also den Abwesenden. All die alten Vorarbeiter hätten die 50 Mt. nicht verdient. Und sollte gar einer von ihnen es wagen, deswegen Klage zu führen, so würde er sofort entlassen. Nach dieser Anklündigung wurden den Leuten noch, o Hohn, vergnügte Feiertage gewünscht.

Und wir wünschen all den Aktionären ein Wohlgefallen an dem reichen Dividendenfest, der in diesem Jahre zweifellos wieder über sie ausgeschüttet werden wird. Wägen sie sich in ihrem Genießen nicht stören lassen, daß 30 alten, verdienten Leuten eine so hohnvolle Weihnachtsbotschaft verkündet wurde.

Und wir, wir wünschen, daß den Schuldigen, der erste Bissen im Hals quillt und daß die ganze Paraffentafel erstickt, und so den gerechten Lohn ihrer Taten erhält.

Nachdem wir vorstehendes geschrieben hatten, erschien in unserem Hamburger Parteiorgan folgendes:

Die Hamburg-Amerika-Linie läßt durch eine Zuschrift an bürgerliche Blätter den Inhalt einer Notiz berichtigen, die im "Hamburger Echo" erschienen war, ohne uns selbst auch diese Berichtigung zugehen zu lassen. Wir lassen uns durch dieses merkwürdige Verfahren natürlich nicht abhalten, auch der Hamburg-Amerika-Linie in unserem Blatt das Wort zu verleihen. Die Erklärung der Hamburg-Amerika-Linie lautet:

Das "Hamburger Echo" bringt in der Nummer vom Sonnabend, 11. Januar, unter der Ueberschrift: "Wie die millionenschwere Hamburg-Amerika-Linie ihre alten Vorarbeiter zu Weihnachten bescheerte," eine Zuschrift, die besagt, daß die Hamburg-Amerika-Linie den Vorarbeitern zwar eine Weihnachtsgroßzahlung zugesprochen habe, von dieser Gratifikation aber gegen 30 der alten, schon 20-30 Jahre im Dienste der

Hamburg-Amerika-Linie stehenden Vorarbeiter ausgeschlossen habe. Diese Mitteilung ist falsch. Die Gratifikation ist allen Vorarbeitern ohne Ausnahme ausbezahlt worden, und die vom "Hamburger Echo" an die Notiz geknüpften gefäßigen Bemerkungen sind damit vollständig hinfällig.

Da es sich, wie bemerkt, bei unserer Notiz um eine Zuschrift handelte, liegt die Möglichkeit eines Irrtums unseres Gewährsmannes vor. Wir erklären uns diesen Irrtum so, daß den alten Vorarbeitern zwar die Gratifikation ausbezahlt worden ist, aber erst, nachdem ihnen erklärt worden war, sie hätten diese Wohlthat eigentlich nicht verdient. Ganz unschuldig ist also die Hamburg-Amerika-Linie nicht, wenn daraus das Mißverständnis entstanden ist.

Wir haben auch nach dieser Berichtigung auf Umwegen keine Urjade, unsere Kritik einzuschärfen. Die Hauptsache, nämlich die machvolle Behandlung der Leute, wird von der H. A. L. mit keinem Worte berührt. Und nach dieser Behandlung unter Luderer war es für die Arbeiter die gleiche Beleidigung; ob sie eine — Gratifikation erhielten, oder aber ohne "Gratifikation" mit einem Glückwunsch abgepeißt wurden. Die H. A. L. hätte schon zum Ausdruck gebracht, daß sie die alten Leute achtet — niedriger als alte Hunde.

**Duisburg a. Rh.** Die nicht genehme Grabinschrift. Im Jahre 1911 wurde bei einem Hafnarbeiterstreit der Hafnarbeiter Fritz Meierling von einem Arbeitswilligen namens Brachage erschossen. Der Mörder ist außer Verfolgung geflohen, da er sich angeblich in Notwehr befinden haben soll. Die Duisburger Kollegen veranstalteten eine Sammlung und ließen im August 1912 auf dem Grabe Meierlings einen Grabstein setzen, der folgende Inschrift trägt: "Fr. Meierling, Hafnarbeiter, geb. am 28. 2. 85. Erschossen am 27. September 1911 von einem Arbeitswilligen". Der Steinhaufmeister, der die Ausführung des Steines übertragen erhielt, erklärte auf Befragen, daß gegen die Inschrift seitens der Stadtverwaltung wohl nichts eingewendet würde. Sollte jedoch die Stadt Einwendungen erheben, so werde er der Verhandlung Mitteilung davon machen. Dies geschah nicht und so mußte angenommen werden, daß die Stadt ihre Genehmigung zu der Aufstellung des Steines gegeben hatte. Um so ver wunderlicher erschien es, daß die Stadtverwaltung jetzt dem Frachtenarbeiter-Verbande folgendes Schreiben zustellt:

"Duisburg, den 4. Januar 1913. Auf Bestellung des Deutschen Frachtenarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Duisburg, ist am 10. August 1912 auf dem hiesigen südlichen Friedhofe für Fr. Meierling ein Denkstein mit der Inschrift aufgestellt worden: "Erschossen am 27. September 1911 von einem Arbeitswilligen".

Diese Inschrift ist für einen Hübschplatz Verstorbenen, also für eine Stätte des Friedens, durchaus unangemessen und ärgernisregend, da sie geeignet ist, durch den Hinweis auf den sozialen Klassenkampf, der zweifellos aus der Fassung der Inschrift zu deuten ist, verblüffend und aufreizend zu wirken, an einem Orte, wo die sozialen Gegensätze ausgeglichen sein sollten.

Die Stabtgemeinde ist als Eigentümerin des Friedhofes berechtigt, sich gemäß § 1004, 933 B.-O.-B. die Zulassung derartiger Inschriften vorzubehalten. Ich erwirde Sie daher, den Grabstein zu beseitigen oder auf demselben eine andere, der Stabtgemeinde genehme Inschrift anbringen zu lassen. J. B.: Pregitzer."

Wenn die Sache nicht allzu ernst wäre, könnte man in der Tat das Schreiben der Stabtgemeinde für einen verblüffenden Feindnachschub halten. Die Inschrift, daß Meierling von einem Arbeitswilligen niedergemetzelt wurde, entspricht doch durchaus den Tatsachen, und seit wann ist es denn verboten, auf Grabsteinen die Wahrheit sagen zu dürfen? Wir haben bis jetzt immer angenommen, daß der Wahrheit überhaupt die Ehre gegeben werden muß. Ganz gleich, ob dadurch auch einige engherzige Menschen sich verletzt fühlen. Geradezu komisch wirkt es aber, wenn die Stabtgemeinde schreibt, auf dem Friedhofe sollen die sozialen Gegensätze ausgeglichen sein. Wo sind die Gegenstände denn ausgeglichen, verehrte Stabtgemeinde? Gibt es auf dem hiesigen Friedhofe? Sind dort denn nicht eine große Anzahl Gräber vorhanden, auf denen derartige prunkvolle Denksteine stehen, die mehr kosten, als eine Arbeiterfamilie in 10 Jahren zu verzehren hat! Und nicht neben diesen Gräbern nicht eine große Anzahl, die nicht einmal einen Blumenstrauß aufweisen, weil die Hinterbliebenen nicht in der Lage sind, einen solchen zu kaufen, und in der Regel kaum so viel haben, um das nackte Leben fristen zu können! Meint das die Stabtgemeinde Ausgleich der sozialen Gegensätze? Gegen die Verfügung der Stabtgemeinde wird Beschwerde eingelegt werden. So lange die Sache nicht entschieden ist, liegt gar keine Veranlassung vor, eine Inschrift zu wählen, die der Stabtgemeinde genehm ist. Wenn die Stabtgemeinde nur immer da, wo es am Plage wäre, für den sozialen Ausgleich sorgen wollte. Wo war sie denn, als der Streik der Hafnarbeiter mit der Rheinisch-Westfälischen Expeditionsgesellschaft und der Firma Schweiber bestand? Da hätte sie bei gutem Willen, sozial ausgleichend zu wirken, doch einbringen müssen. Hätte sie das rechtzeitig und mit dem nötigen Ernst getan, vielleicht wäre dann Meierling noch am Leben. Aber nichts von dem hat sie unternommen. Im Gegenteil: Sie hat mit dem ganzen Aufgebau der Polizeimacht zugunsten der guten Arbeitswilligen und der armen Firmensträger von vornehmster Stellung genommen und so die Gegensätze noch verschärft. Und jetzt will die Verwaltung ihr merkwürdig verdienstliches Werk an einer Grabinschrift üben, die nur eine traurige Tatsache registriert? Wer kann da noch an die Achtung

der Verwaltung, sozial ausgleichend zu wirken, glauben? Was es tut, wer will, wir nicht.

**Ein Vorgehensmaß.** Daß die Schiffsahrtsgesellschaften glänzende Geschäfte gemacht haben, sieht fast, aber die wenigen vorliegenden Ergebnisse beweisen, daß der Goldregen noch fräftiger fiel, — in die Taschen der Unternehmer — als sich ahnen ließ. Wir lassen einige Proben folgen:

Gesellschaft	Dividende
Flensburger Dampfschiffahrtsgesellschaft von 1869	15 pCt.
Norddeutsche Frachtdampfschiffahrtsgesellschaft in Flensburg	14 "
Gebrüder Peteren in Flensburg („Bedienst" des Dampfers „Hollands" 41 pCt.), davon	35 "
Horn in Schleswig:	
Rulfe Horn in 7 1/2 Monaten (Reingewinn 185 190 Mt.)	15 "
Therese Horn (Reingewinn 109 671 Mt.)	20 "
Mimi Horn	30 "
Claus Horn	12 "
Christian Horn	20 "
Dora Horn	15 "
Ingrid Horn	25 "
Herbert Horn	15 "
Ferngard Horn	86 713 "
Heinrich Horn	95 190 "
Henry Horn	69 318 "
Franz Horn	97 942 "
Maria Horn	90 945 "
Stadt Schleswig	49 867 "
	10 "

Der Hamburgische „Correspondent", also ein Redererorgan, schreibt zu dieser Gegensätze der Arbeit:

„Es sind zum Teil also ganz erhebliche Mehrnahmen, die die Dampfer erzielt haben. In einzelnen Fällen, wie beim Dampfer Stadt Schleswig, wurde der Verdienst allerdings durch den englischen Kohlenarbeiterstreik geschmälert. Dieser Dampfer mußte beispielsweise während der ganzen Dauer des Streiks still liegen. Auch einzelne Havarien, wie bei Herbert Horn, haben einen Ausfall im Verdienst herbeigeführt, ebenso wie bei Therese Horn die unglücklichen Hafenzustände in Buenos Aires."

Die meisten Schiffe haben das doppelte, dreifache, auch das vierfache gegenüber dem Vortahre eingebracht — der Heinrich Horn sogar das fünffache Geld. Im ganzen betrug der Reingewinn nach ganz erheblichen Abschreibungen, Referbestellung usw. 1 611 840 Mt. — E n t b e r u n g s l o h n !

Die Dampfer der Rederei Holz u. Nolzen werden folgende Dividenden zahlen: „Mata 5 pCt. (trägt außerdem 100 000 Mt. Schulden ab); Wega 15 pCt., Caeella 20 pCt., Electra 26 pCt., Layeta 28 pCt., Denebola 30 pCt., Lucia 30 pCt., Alieba 28 pCt. außer Rücklagen für Reparaturen und Klassifikationen.

Der Dampfer „Manta" der Partenerederei J. S. Jensen in Flensburg erzielte im Jahre 1912 einen Ueberschuß von reichlich 72 000 Mt. gleich circa 32 1/2 pCt. vom Reberkapital. Der Ueberschuß des Dampfers „Comet" derselben Rederei beträgt, trotzdem der Dampfer die Klasse erneuert hat, ca. 80 000 Mt. gleich circa 32 1/2 pCt. vom Reberkapital. Der Ueberschuß beider Dampfer wird zur Hauptache zu Abtragungen verwendet, außerdem wird jedoch für jedes Schiff 10 pCt. Dividende zur Verteilung kommen.

Der Gewinn der Dampfschiffreederei Horn A.-G. in Lübeck beträgt 1 191 774 Mt. und ermöglicht außer Verzinsung der Bauschuld anleihen eine Abschreibung von circa 15 1/2 pCt. auf den Buchwert der Schiffe und die Verteilung einer Dividende von 10 pCt. an die Aktionäre. Ferner sind Rückstellungen im Gesamtbetrage von 233 500 Mt. gemacht.

Auffallend hoch sind überall die Referbestellungen, Abschreibungen, Schuldentilgungen usw. Auch die Hansa schrieb kürzlich, daß die Redereien höhere Dividenden auszuschütten könnten, als sie tun würden. Die von den Arbeitern ersuchten Gewinne sind eben ganz exorbitant hoch. Demgemäß erscheint die Bereitwilligkeit der Hafenerbedernehmer in Hamburg, den Tagelohn der Hafnarbeiter um einige laufende Pfennige zu erhöhen in einem ganz anderen Licht, als die Herrschaften darüber ausgaffen. Die Herren ließen damals ihr „soziales Verhältnis" nach allen Regeln der Kunst bengalisch beleuchten — bengalische Flammen blenden. Uns kommen die Bemeiderungen der Kapitalklassen durch kapitalistischer Blätter allerdings nicht tere machen. Wir müßten: der Knüttel lag beim Hund. Selbst den für die Unternehmer günstigen Ausgang eines Streiks vorausgesetzt (aber wir hätten ihn niemals verloren), wäre der Vorteil, den ein solcher Sieg über die Arbeiter den Unternehmern gebracht hätte, gar nicht in Betracht gekommen gegenüber den Referbestimmen, die die Unternehmer nun einheimfen.

Wohl bekomme es euch, vielele Herren. Wir werden zu unserer Zeit geeignete Maßzeit wünschen. Wir hoffen, daß euch das nicht übel ausfallen macht.



**Die jugendlichen Arbeiter in Deutschland.** Mit dem Aufsteigen der Konjunktur ist auch diesmal wieder die Zahl der jugendlichen Arbeitskräfte erheblich gestiegen. Eine Zunahme der Beschäftigung jugendlicher Personen macht sich auch wieder gegen die Vergleichsjahre der vorigen Konjunkturperiode bemerkbar. Die Zahl der in Betrieben mit mindestens zehn Arbeitern beschäftigten jungen Leute unter 16 Jahren betrug in den Jahren 1910 und 1911 folgende Verteilung:



	1910	1911
Männliche	316 115	340 316
Weibliche	173 081	178 505
Zusammen	489 196	518 821

Somit ist die Zahl der beschäftigten Jugendlichen männlichen Geschlechts nicht nur abnahm, sondern auch relativ ganz erheblich stärker gewachsen als die der Weiblichen. Die angegebenen Zahlen gehen, wie gesagt, über frühere Vergleichszeiten hinaus. Von 1904 auf 1905 erhöhte sich die Zahl der in der deutschen Gewerbetätigkeit beschäftigten jungen Leute unter 16 Jahren von 369 931 auf 392 509 Personen. Aber selbst im Jahre 1906 wurden in Handel und Gewerbe erst 424 501 jugendliche Arbeitskräfte festgestellt, obwohl die Konjunktur des Jahres 1906 ganz zweifellos erheblich über den Geschäftsgang des Jahres 1911 hinausragt. Bedenken muß erregen, daß von dieser Entwicklung auch die Kinderarbeit nicht ausgeschlossen ist. Die beschäftigten Kinder unter 14 Jahren in Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern, die in obigen Ziffern einbezogen sind, stellten sich 1910 und 1911 der Zahl nach wie folgt:

	1910	1911
Männliche	7 014	7 434
Weibliche	5 856	5 970
Zusammen	12 870	13 404

Weitaus die meisten jugendlichen beschäftigte im Jahre 1910 die Textilindustrie, nicht weniger als 91 800 Personen unter 16 Jahren. Die größere Hälfte davon, 56 709 Personen, entfiel auf die Weiblichen.

**Der Plauensche Mörder ein nationaler Jugendheld.** Das Opfer ein Mitglied der Arbeiterjugend. Dem „Sächsischen Volksblatt“ wird über die schreckliche Mordtat des Kaufmannslehrlings Beholdt, dessen Opfer der Lehrling Gade war, noch folgendes berichtet:

„Was den Beholdt zu seiner Tat veranlaßte, ist unübersehbar auch bekannt geworden. Er war nämlich ein eifriges Mitglied der bürgerlichen Jugendbewegung und bekleidete dort Ehrenposten. Unter anderem soll er beim Jungdeutschlandbund der beste Schütze gewesen sein und auch die Rassegeschäfte mit erledigt haben. Von den Geldern hat er nun Veruntreuungen begangen, und deshalb ist bei ihm der Plan langsam herangereift, sich auf andere Weise Geld zu verschaffen. Schon vor kurzem fand er ein Portemonnaie mit dem Inhalte von 40 M., die er ebenfalls in seinem Interesse verwendete. Außerdem soll er noch ein eifriger Leser der „Rio-Carter-Geschichten“ gewesen sein. Seine unheimliche Tat wird der Mörder seiner Jugend wegen nicht mit dem Tod, aber wohl mit einigen Jahren Gefängnis büßen müssen. — In dem Erschlagen aber verliert die Arbeiterjugend ein strebames und gern gesehenes Mitglied, das seiner Unheimlichkeit wegen von allen sehr geachtet wurde. — Wie aber nun, wenn die Sache umgedreht gewesen wäre und der Täter der Arbeiterjugend angehört hätte? Sicherlich würde da die ganze bürgerliche Gesellschaft mit ihren Vororganen ein fürstliches Gebeul über die Verhöhnung der Arbeiterjugend anstimmen. So aber hat man vor der eigenen Tür zu lehren, und wir können nur zu dem Treiben des Jungdeutschlandbundes erklären, daß er damit sehr wirksam die Schundliteratur ergänzt. Daß sich natürlich auch die beiden hiesigen bürgerlichen Wägen in Senfation über den behauerlichen Vorfall überheben, ist selbstverständlich. In ellenlangen Depeschen berichten sie bis in die kleinsten Details über die Affäre; nur erwähnen sie nichts von der Mitgliedschaft des Täters im Jungdeutschlandbund. — Mit der fürchterlichen Tat hängt auch eine Anzeige im „Sächsischen Volksblatt“ zusammen, in der der Vorstand der Arbeiterjugend in Plauen den Tod ihres Mitgliedes, des Kaufmannslehrlings Gade, anzeigt und um zahlreiche Beteiligung bei dessen Beerdigung bittet.“

daß die Arbeit wieder eine recht rege war, es haben im verfloßenen Jahre stattgefunden: 22 Sitzungen und Versammlungen, ein Winterergnügen, eine Lohnbewegung und eine Arbeitseinstellung der Kollegen vom Schauspielhaus. Die Arbeitseinstellung der Kollegen vom Schauspielhaus erfolgte weil die Ueberstunden nicht bezahlt wurden. Die Arbeit wurde nach 1 1/2 stündiger Pause wieder aufgenommen, ebenfalls hatten dieselben Kollegen versäumt den Tarif rechtzeitig zu kündigen, so daß dieser bis 30. 11. 1913 weiterläuft, es haben dieses Jahr 5 Sitzungen mehr stattgefunden als 1911. In die Sektionsleitung wurden gewählt, die Kollegen Laßmann und Privat. Ueber die Kündigung des Obmannes vom Arbeiterausschuß Kollegen Dehning, entspannt sich eine sehr rege Debatte, welche auch als Information der Stadterordneten Genosse Pollender bewohnt, dieser Punkt endete damit daß man den Vorschlägen zustimmte, welche dahin gingen, daß der Arbeiterausschuß bei der Intendantur vorstellig werde, um die Kündigung rückgängig zu machen. Bei diesen Debatten wurde recht scharfe Kritik an einem Teil der Kollegen vom Alten Theater, sowie an den Büchermeistern Sellman und Hölzel geübt, welche nur aus persönlichen Gründen der Kündigung vorsich geleiht haben, um den Kollegen los zu werden, als Vertrauensleute wurden für das Jahr gewählt, die Kollegen Schmitz, Jäh, Günther und Hebede. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Leipzig.** Die Kinoangestellten nahmen seit den Anschluß an unsere Organisation zum zweiten Male in



**Zweiterlei Kinder.**

Kürzlich waren zwei hübsche Zeitungsnötizen zu lesen. Im „Deutschen Volksblatt“ stand: „Ein Wiegenlied für Erzherzog Franz Joseph Otto. Frau Erzherzogin Jiza hat ein von Frau Elsa Riß, der Gattin des k. und k. Hauptmanns im Infanterie-Regiment Nr. 57, Koloman Riß, komponiertes Wiegenlied entgegengenommen und der Dame ihren Dank ausdrücken lassen.“

In der „Sulinger Kreiszeitung“ (Sulingen in Hannover) veröffentlicht ein Herr Weissenrat folgende Anzeige:

„Zwei hiesige kleine Mädchen im Alter von 2 und 4 Jahren sollen am Sonntag um 9 Uhr morgens im Nienaderschen Gasthaus in gute Pflege mindestens 2 untergebracht werden.“

Wenn du als Erzherzog auf die Welt kommst, dann komponieren dir die Gattinnen der Hauptleute Wiegenlieder. Aber wenn du nur irgendein verwaistes armes Kindlein bist, dann wirst du in einem Gasthaus öffentlich versteigert. Und je weniger einer fordert, um so schneller wirst Du ihm übergeben. Wenn es aber Dichter geben sollte, die nach Märchenstoffen suchen, da wären zwei: „Es kam einmal ein Kind zur Welt, dem starb die verlassene Mutter bei der Geburt. Da setzte sich die Gattin des k. und k. Hauptmanns im Infanterie-Regiment Nr. 57 Koloman Riß hin und komponierte ein Wiegenlied, um das Kindlein zu trösten.“ Das andere Märchen kann man sich hinzudenken.“



einer am 18. ds. Mts. stattgefundenen Sektionsversammlung den Bericht über die Tätigkeit innerhalb der Sektion entgegen. Kollege Widenstich berichtete, daß im vergangenen Jahre stattgefunden 8 Versammlungen mit Vorträgen, 8 Bezirksversammlungen, 4 Betriebsversammlungen, eine Vorführerversammlung, 2 Sektionsleiteritzungen, eine Kommissionsitzung der Vorführer, 9 Verhandlungen mit den Unternehmern zwecks Abschluß von Tarifverträgen, 6 mal Schlichtung von Differenzen, 11 mal Hausagitation, 28 mal verteilten von Handzetteln, 3 Ausflüge, 1 Hochzeitsfest. Die Versammlungen waren durchschnittlich gut besucht. In die Sektionsleitung wurden gewählt, die Kollegen Kempnate, Scherler und Lindner als Vertrauensleute, die Kollegen Schmitz, Berlin, Hähle, Bisschof, Braune und Franz, nachdem noch eine viergliedrige Kommission zum Winterfest und einige Kollegen gewählt waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.



**Elbing.** Ein drastisches Beispiel, wie Leben und Gesundheit der Arbeiter von den Arbeitgebern eingegipft wird, lehrt folgender Fall. Der Glasarbeiter Janzon war bei der Firma Benzell, Elbing Holzbearbeitungsfabrik am 23. Dezember 1912 mit dem Wagnen von Fußbodenleisten beschäftigt, dieselben waren 1,50 m bis 1,70 m hoch aufgestellt, ohne das genügend Spalten dazwischen gelegt gewesen wären. Als Janzon einige Leisten herunternahm, um sie wegzutragen, fiel der Stapel um und Janzon auf die Beine. Der Verunglückte wurde hierauf hervorgezogen und nicht bleibend in die Stube des Herrn Benzell, sondern wie ein Stück Vieh in den Pferdestall geschleppt. Hierauf wurde ihm der Stiefel mit Gewalt von dem gebrochenen Bein gerissen und der Mann

eine gute halbe Stunde so liegen gelassen. Als dann der Kollwagen des Herrn Benzell von der Tour zurück kam, wurde der schwer verletzte Mann darauf geladen und gemeinsam mit den Leertüchern, welche gerade verladen waren zum Arzt gefahren. Als nachher der andere Kneifer nach Hause kam, meinte Herr Benzell zu diesem, er sollte nur noch warten, denn der Kranke würde bald vom Arzt kommen, dann sollte er diesen auf dem vierzölligen Weiterwagen nach Hause fahren. Über diese Mühe wurde dem liebevollen Herrn erspart, der Arzt hatte Janzon sofort nach dem Krankenhaus bringen lassen und ein paar Stunden später wurde schon telephoniert, daß Janzon an . . . . . Geröllung gestorben wäre. Was es für Frau und Kinder bedeutet, wenn der Ernährer tot ist, darüber Worte zu verlieren, wäre nicht mehr nötig. Es war gerade am Tage vor dem Weihnachtsabend, und was für Festesfreude in dieser vom Unglück heimgesuchten Familie gewesen ist, läßt sich sehr leicht denken. Die 30 M., die Herr Benzell der Frau spendiert hat, können den Schmerz nicht lindern. Für den Unternehmer ist die Sache aber damit abgetan. Kollegen, solche und ähnliche Fälle passieren in Elbing des öfteren. Wären die Leisten vorschriftsmäßig gepaktet worden, konnte das Unglück nicht passieren. Als im Sommer die Kollegen eine kleine Lohnaufbesserung und Regelung der Arbeitszeit verlangten, wurden sie einfach auf das Straßengpflaster geworfen. Aber die Leute, welche damals Konzeptionsdienste leisteten, haben es selbst nicht lange ausgehalten, denn Herr Benzell spielte mit diesen jetzt wie die Katze mit der Maus. Wie verlautet, soll der Frau des verunglückten Janzon auch noch die Hinterbliebenen-Rente freilich gemacht werden, da der Mann doch an Geröllung gestorben ist. Kollegen, wäre Janzon Mitglied unseres Verbandes gewesen, würde dieser schon dafür sorgen, daß die Frau zu ihrem Rechte käme. Der Fischerverein aber, in dem er gewesent, kümmert sich nicht weiter um die Hinterbliebenen. Darum, Kollegen, heraus aus diesen Klümbereinen, hinein in den Transportarbeiterverband, dann wird auch den Elbinger Arbeitgebern etwas besser auf die Finger gehen werden können.

**Seine Majestät, der Schutzmann.** Vom Leipziger Schöffengericht war der Geschäftsführer B. wegen Verleumdung des Schutzmanns B. zu einer Woche Gefängnis und wegen Zuwiderhandlung gegen die Verkehrsordnung zu sechs Mark Geldstrafe verurteilt worden. B. legte Berufung ein, die indes von der Ferienkammer B. verworfen wurde. In jenem Prozesse gebrauche der Verleibiger, ein hiesiger Rechtsanwält, Worte, die ihm ein Offizialverfahren wegen Verleumdigung einbrachten. Nach der Anklage hat er in seinem Plaidoyer den Schutzmann wiederholt in wegwerfendem Tone „ungebildet“ genannt und ihn mit einem arbeitslosen, mehrfach vorbestraften Zeugen auf eine Stufe gestellt. Der Anwalt bemerkte leht dazu, er habe nur den Bildungstap des Schutzmanns als mit dem der anderen Zeugen übereinstimmend hinstellen wollen und daran habe er seine weiteren Bemerkungen geknüpft. Eine Ehrenfränkung des Schutzmanns habe ihm ferngelegen. Das Gericht erkannte wegen Verleumdung auf 100 M. Geldstrafe. Wie kann man aber auch einen Schutzmann als einen ungebildeten Menschen bezeichnen. Schutzleute sind doch Ausünder aller Kenntnisse und Höflichkeit.

In Finnland ist ein allgemeiner Transportarbeiter-Verband gegründet worden. Zu diesem Zwecke wurde am 26. und 27. November in Lahli ein Kongress abgehalten. Anwesend waren alle Vertreter des vorher stattgefundenen Kongresses der Eisenarbeiter, sowie die Vertreter der Magazin- und Lagerarbeiter, der Abteilung für Seelente, der Vorstand des Fuhrleute-Verbandes usw. Die Vertreter der Fuhrleute waren ohne Beschlußrecht, da der Verband seinen Kongress am selben Orte den 27. November abhalten sollte, um den Anschluß an den Transportarbeiterverband zu behandeln. Durch einen Irrtum des Verbandsvorstandes der Fuhrleute ist die Einladung erst einige Tage vor Stattfinden des Kongresses verhandt worden, so daß nicht alle Abteilungen mehr imstande waren, ihre Vertreter zu senden. Die Folge war, daß der Verband der Fuhrleute sich dem neuen Verbands nicht gleich anschließen konnte, indessen wird ein Kongress in den nächsten Wochen den Anschluß behandeln.

Der Kongress behandelte die Anträge zu den Statuten für den Transportarbeiterverband. Ueber den Inhalt der Statuten ist zu bemerken, daß der Verbandsbeitrag auf 1 Mark pro Monat für 7 Monate, resp. Mai-November, festgelegt wurde. Früher war der Verbandsbeitrag 5 M. per Jahr. Der Verband stellte zwei besoldete Funktionäre an, einen Sekretär-Kassierer und einen Vertreter. Einstimmig wurde der Anschluß an die internationale Föderation und die finnische Landeszentrale der Gewerkschaften beschlossen. Für den nächsten Kongress der F. L. F. in London wurde der Sekretär als Vertreter gewählt. Der Verbandsvorstand soll auf den Zusammenarbeiten mit den finnischen und den skandinavischen Landesorganisationen hinwirken. Bezüglich der Stellung der Seelente zu dem Verbands wurde beschlossen, daß sie dem Verbands angehören können, entweder durch Abteilungen oder als einzelne Personen. Im letzteren Falle haben sie sich den Beschlüssen der Abteilungen bei Arbeitskonflikten zu fügen. Ferner wurde beschlossen, eine Kranken- und Begräbnisunterstützungskasse zu gründen. Die Mittel werden durch Sammlungen ange schafft, und die Tätigkeit der Kasse wird anfangen, sobald der Grundfond 3000 M. erreicht hat. Eintreten können Personen zwischen 18 und 80 Jahren. Die Mitglieder können zwischen zwei Klassen wählen: In der ersten werden für die ersten 20 Wochen wöchentlich 10 M. und für die folgenden 20 Wochen 6 M. pro Woche ausbezahlt, außerdem 125 M. im Todesfalle. Die Wochenbeiträge für



**Kino und Schaukeller-Gehilfen.** Die Sektion der Kinos und Bühnenangestellten hielt am Samstag, den 11. Januar, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Ein Kollege hielt einen kurzen Vortrag. Anschließend wurde die Kähler Konferenz und die dort gefassten Beschlüsse besprochen. Alle Anwesenden halten eine selbstständige Organisation für durchaus unangebracht. Die Interessen der kinoangestellten am Orte sind erst durch den Anschluß an den Transportarbeiter-Verband gewahrt worden. Der vorher bestandene Verein war außerstande, etwas erprießliches für die Kollegen zu schaffen. Eben die traurigen Erfahrungen, die in dem Verein der Kinos- und Bühnenangestellten bestanden, haben ja erst vor Jahresfrist zum Anschluß an den Transportarbeiter-Verband geführt. In einer Zeit, wo alles zum Ganzen strebt, wollen auch wir unsere Kräfte nicht unnütz zerstückeln und verpetzeln. Der Bericht vom 4. Quartal wird ebenfalls mit Befriedigung entgegen genommen. Die Agitation unter den Berufsangehörigen verprechen die Kollegen, intensiver als bisher betreiben zu wollen. Die Wahl der Sektionsleitung fiel auf die Kollegen Reitz und Ebeliste. Die Kollegen vom Stadttheater mußten sich seit Eröffnung der Saison damit abfinden, nur alle fünf oder sechs Wochen einen freien Tag zu haben. Vorschläge beim Theatermeister führten zu keiner zufriedenstellenden Lösung. Durch eine Eingabe an die Direktion soll versucht werden, daß der schon bestandene Modus, alle acht Tage einen freien Tag, wieder herbeigeführt wird. Die Anregung eines Kollegen, einen gewissen Abend zu veranstalten, wird zu der nächsten Versammlung zurückgestellt.

**Leipzig.** Die Bühnenarbeiter stellen am 7. ds. Mts. ihre Sektionsversammlung ab. Den Bericht der Sektionsleitung gab Kollege Widenstich, daraus ist zu entnehmen,

diese Klasse belaufen sich auf 30 bis 60 Pf., je nach dem Alter des Versicherten. In der zweiten Klasse sind die entsprechenden Unterhaltungsbeiträge 6 Mt., 4 Mt. und 75 Mt. Die Wochenbeiträge belaufen sich auf 35 bis 45 Pf. Von einer Unterhaltungsstufe für Arbeitslose mußte diesmal abgesehen werden, jedoch soll der Verbandsvorsitzende neue Vorschläge zu dem nächsten Kongress ausstellen, nachdem man eine Statistik von den Gewerbetägigen eingeholt hat. Die *Verbandszeitung „Austienstufkälänen“* (Lohnportarbeiter) erscheint monatlich und wird von dem Sekretär redigiert. Für besondere Agitationszwecke wurden 750 Mt. jährlich festgelegt für die Beschaffung eines Propagandisiten. Ferner behandelte der Kongress die Frage bezgl. eines das ganze Land umfassenden Arbeitslosenbundes mit *The Swedish Federation of Unemployed*, d. h. mit den Arbeitgebern in den finnischen Häfen. Der frühere Vorstand des Hafenarbeiterverbandes hat im Herbst mit den genannten Arbeitgebern verhandelt, und man beschloß damals, daß beide Parteien ihre Forderungen für die folgende Zusammenkunft im Dezember formulieren sollten. Der Kongress nahm auch diesen Vorschlag an, unter der Bedingung, daß die Arbeitsbedingungen mindestens ebenso gut werden wie die früheren. Der Sitz des neuen Verbandes ist in Wahl, als Sekretär wurde Bertilla und als Vertreter Buttinen gewählt. Schließlich wurde noch beschlossen, den nächsten Kongress in Wahl nach drei Jahren abzuhalten, sofern der Verbandsvorsitzende es nicht für notwendig erachtet, daß vorkommende Fragen einen früheren Kongress erforderlich machen.

### Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

**Brandenburg a. S.** Am Mittwoch, den 8. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche erfreulicherweise gut besucht war. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung erfuhr die Vorsitzende die Beteiligung, sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen Wille von den Plätzen zu erheben. Hieraus wurde in die Tagesordnung eingetretten. Nach Verlesung des Protokolls erläuterte der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal. Danach betrug der Kassenbestand des vorigen Quartals 2780,03 Mt., die Einnahme im Laufe des vierten Quartals 5114,53 Mt., also Kassenbestand am Schluß des Quartals, inkl. örtlicher Ausgaben, 3011,32 Mt. An die Hauptkasse wurden 1524,32 Mt. gesandt. Der Mitgliederbestand am Schluß des Quartals betrug 248 männliche, 47 weibliche, in Summa 295 Mitglieder. Hieraus wird dem Kassierer Decharge erteilt. Nimmere erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Als vierter Punkt stand auf der Tagesordnung die Neuwahl der Ortsverwaltung usw. Unter Punkt Verschiedenes kam der Vorsitzende auf die örtliche Jugendfrage zu sprechen. Dann Schluß der Versammlung.

**Frankfurt a. O.** Unsere General-Versammlung fand am Dienstag, den 14. v. M. statt. Kollege Mue gab den Kassenbericht. Es sind an Einnahmen 1233,48 Mt. zu verzeichnen, demgegenüber steht eine Ausgabe von 911,23 Mt., so daß am Schluß des Jahres ein Kassenbestand von 327,25 Mt. vorhanden ist. An Erwerbslosen-Unterstützung haben wir im Jahre 1912 nicht weniger wie 1420,05 Mt. für Kranke und 700,75 Mt. für Arbeitslose verausgabt. Wir sehen also, wie notwendig die Organisation schon aus diesen Gründen allein ist. Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß Versammlungen und Sängungen 46 stattfanden. Lohnbewegungen war eine, die für die Kollegen noch 1,50 Mt. pro Woche Lohnzulage ergab. Es hätte mehr erreicht werden können, wenn der Individualismus hier nicht so groß wäre und die Organisation besser ausgebaut wäre. Sache der Kollegen und der neu zu wählenden Verwaltung wäre es, im neuen Jahr mehr wie bisher der Agitation obzuliegen und so mehr Aufklärung zu verbreiten, wenn auch die Zahl der wegen Beitrag gestrichenen oder sonst Ausgetretenen in diesem Jahre nur 6 beträgt, so muß es doch endlich dahin kommen, daß Austritte wegen irgendwelcher Kleinigkeiten unterbleiben, da wir sonst immer wieder von vorn anfangen müssen und so niemals zum Ziel, welches sich die Organisation gesetzt hat (Vertilgung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, menschlichwürdige Behandlung der Kollegen) gelangen können. Es ist deshalb doppelte Pflicht eines jeden Kollegen, daran mitzuarbeiten, jede Streitigkeit aus inneren Reihen fernzuhalten, für die Organisation zu arbeiten, die Kollegen aufzuklären, um so auch einen Anteil zu haben an der Bekretung der Kollegenchaft aus ihrem elenden Joch.

Der Marktmensaj hat sich in diesem Jahre um 2 pCt. gehoben, auch ein erfreuliches Zeichen, aber zugleich auch ein Ansporn dafür, die Beiträge ohne Unterbrechung zu zahlen, damit die Kollegen nicht wegen rückständiger Beiträge um ihre Unterstützung kommen. Die alten Kollegen wurden wiedergewählt, neu wurde Kollege Paul Rippel und Kollege Bed gewählt. Dann regte Böhme an, wieder Betriebsbesprechungen abzuhalten, was Kollege Straburg für selbstverständlich hielt, aber daran das Erlischen knüpfte, daß jeder Kollege mehr wie bisher auch seine Schuldigkeit tue in der Agitation.

**Greifswald.** Am Sonntag, den 5. Januar, fand unsere Generalversammlung statt, die leider nur sehr schwach besucht war. Der Gauleiter, Koll. Häßel, sprach über: „Pflichten der Arbeiter in Anbetracht der Feuerung“. Keiner Beifall lohnte seine Ausführungen. Alsdann wurde zur Wahl der Verwaltungsmitglieder geschritten, welche die Wiederwahl der antretenden Kollegen ergab. Nachdem noch die Kasse revidiert und dem Kassierer Entlastung erteilt worden war, wurde ein Anblick auf unsere Arbeit im Jahre 1912 gegeben. Die durch die Organisation er-

zielten Lohnverbesserungen im Möbeltransport wurden mit Genehmigung konstatiert. Im Herbst sollen erneut Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattfinden. Daran, Kollegen, die Ihr noch fern steht, hinein in die Organisation!

**Greiz.** Unsere Jahreshauptversammlung fand am Sonntag, den 5. Januar statt. Der Besuch war ein sehr guter. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Neupert. Er wies darauf hin, mit welcher Begeisterung und Aufopferung auch im verflorenen Jahre gearbeitet wurde; daß diese Arbeit nicht fruchtlos geblieben, sei daraus zu ersehen, daß sich der Mitgliederbestand um circa 50 pCt. erhöhte. Aber noch intensiver müsse in diesem Jahre gearbeitet werden, und zwar müsse jeder einzelne Kollege seine ganze Kraft einsetzen, um auch den letzten Mann zur Organisation heranzubringen, damit auch die Transportarbeiter endlich einmal nach jahrelangem Ringen dahin gelangen, nicht mehr von den Broden zu leben, die ihnen gnädigt von dem Herrn Tisch übriggelassen werden. Im Anschluß hieran erwähnte Kollege Preusche die Mitglieder, ihr Bettes zu tun, um in allen Fällen gedoppelt zu sein. Kollege Hellrich gab eine klare und übersichtliche Jahresrechnung. Die Rechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2131,52 Mt. ab. In der Einnahme figurieren die Beiträge mit 1947,60 Mt. Nach Erfüllung örtlicher Verpflichtungen in Genährung von Kranken, Genesregellen, Reiseunterstützung usw. konnten 1510,37 Mt. an die Hauptkasse abgeführt werden. Der Kassenbestand betrug am Jahresschluß 133,69 Mt. Hieraus wurden die Neuwahlen vorgenommen, die folgenden Ergebnisse hatten: 1. Vorsitzender: Arno Bad; dessen Stellvertreter: Eduard Neupert; Kassierer: Franz Hellrich; Schriftführer: Friedrich Kraut und Willy Wajche; Reviseurs: Jenner und Kraut. Unter Gewerkschaftliches entspann sich eine rege Diskussion. Mit einem kräftigen Appell an die Versammlung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Husum.** Am 7. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Zunächst wurde der Jahresbericht gegeben. Danach hatten wir am Jahresschluß 62 Mitglieder zu verzeichnen. An die Hauptkasse wurden 757,50 Mt. gesandt usw. In die Ortsverwaltung wurden die Kollegen B. als Bevollmächtigter, B. als Schriftführer und als Reviseurs die Kollegen C. und M. gewählt. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Landesberg a. W.** Am Sonntag, den 5. Januar fand unsere äußerst gut besuchte Generalversammlung statt. Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Verwaltung recht ansehnliche Erfolge aufzuweisen hat. Aufnahmen sind 27 im 4. Quartal zu verzeichnen und ist der Mitgliederbestand am Schluß des Quartals 265 Kollegen. Der Marktmensaj betrug 3006 Stück im Laufe des Quartals, die Gesamteinnahmen 2309,16 Mt. einschließlich eines Ortskassenbestandes in Höhe von 787,41 Mt. am Schluß des vorigen Quartals. Die Ausgaben betragen: für Unterstützungen 338,— Mt., für sonstige Ausgaben 187,20 Mt., an die Hauptkasse 876,73 Mt., so daß am Schluß des Quartals ein Ortskassenbestand in Höhe von 907,23 Mt. zu verzeichnen ist. — Aus dem Geschäftsbericht des Bevollmächtigten war zu ersehen, daß auch auf agitativerem Gebiete die Kollegenchaft ihre Mühen und Schudigkeit getan hat. Im Laufe des Jahres 1912 wurden 135 neue Mitglieder aufgenommen. Der Mitgliederbestand am Schluß des Jahres 1911 betrug 223 Kollegen, so daß eine Zunahme von 42 Kollegen zu verzeichnen ist. Nach anderen Verbänden sind 19 Mitglieder übergetreten, gestorben sind 2 Kollegen. Versammlungen wurden 14 abgehalten, darunter 2 öffentliche. Vorstandssitzungen fanden 38 statt. Kartellstiftungen wurden im Laufe des Jahres 10 abgehalten. 101 Briefe und Karten sind im Laufe des Jahres 1912 ausgegangen, an Eingängen sind 61 Briefe und Karten, sowie 114 Pakete zu verzeichnen. Am Gewerkschaftsfest beteiligten sich beim Umzug durch die Stadt 140 Kollegen. — Nebenher wünscht, daß in Zukunft die Mitarbeit der Kollegen eine noch bessere werde, damit endlich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die durch den letzten Speditionsarbeiterstreik nicht in vollem Maße geregelt worden sind, den teuren Lebensverhältnissen entsprechend aufgebessert werden. Der Vertreter des Gauvorstandes gab in längerer Ausführungen einen Ausblick auf das verflorenen und einen Ausblick auf das kommende Jahr, was mit großem Beifall aufgenommen wurde. Er ermahnte die Kollegen dringend, auch im neuen Jahr einträchtig und geschlossen für die Ausbreitung der Organisation einzutreten.

Bei der nunmehr erfolgten Wahl der Ortsverwaltung wurden als Bevollmächtigter R. Franzelsohn und Wiemann, als Schriftführer Tirl, als Kassierer R. Daber, als Reviseurs Bernide, Köhler und Spolade und als Kartelldelegierte die Kollegen Tirl, Weid und Wiemann gewählt. Die Mitglieder-Versammlungen sollen almonatlich im Lokale des Kollegen Daber, die Generalversammlungen im „Zibok“ abgehalten werden. Dann erfolgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

**Müllrose.** Unsere Generalversammlung hat am 5. Januar stattgefunden. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden zunächst der Geschäftsbericht über das verflorenen Jahr gegeben. Danach hatten wir am Schluß des Jahres 1912 einen Bestand von 58 Mitgliedern. Versammlungen konnten im Laufe des Jahres wegen des mangelhaften Besuches nicht abgehalten werden! Eine Lohnbewegung bei der Firma Görsdorf verlief leider erfolglos. Hieraus wurde zur Wahl der Verwaltungsmitglieder geschritten. Zum Schluß trat Kollege S. sehr warm für die fakultativen Unterstützungsbeiträge unseres Verbandes ein.

**Neufals a. O.** Am 7. Dezember v. J. tagte eine außerordentliche Generalversammlung. Der Gau-

leiter hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Lebensmittellieferung und unsere Löhne“. Dann wurde zur Wahl der Verwaltungsmitglieder geschritten. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Nach Erledigung einiger weiterer örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Papenburg.** Am Sonntag, den 5. Januar, tagte unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende erläuterte den Geschäftsbericht. Aus demselben geht hervor, daß wir im verflorenen Jahre zufriedenstellende Fortschritte gemacht haben. Die Zahl der zahlenden Mitglieder ist im Laufe des Jahres von 46 auf 70 gestiegen. Ein Resultat, mit welchem wir auf Grund der hiesigen Verhältnisse zufrieden sein können. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken stieg von 472 im 4. Quartal 1911 auf 807 im 4. Quartal 1912. Ein Zeichen, daß auch die Beitragszahlung zufriedenstellend ist. Den Kassenbericht vom 4. Quartal gab der Kassierer. Derselbe gestaltet sich wie folgt: Kassenbestand 217,07 Mt., Wochenbeiträge 363,15 Mt., Gesamteinnahme 580,22 Mt.; örtliche Ausgaben 45,92 Mt., an die Hauptkasse 279,63 Mt., verbleibt ein Kassenbestand von 254,67 Mt.; für die Hauptkasse wurden verausgabt 311,21 Mt. an Krankenunterstützung, so daß die Ortskasse ein Guthaben von 31,58 Mt. bei der Hauptkasse hat. Mit dem Gesamtergebnat können wir unsmehr zufrieden sein, da die zu überwindenden Schwierigkeiten nicht gering sind. Nachdem man uns im Frühjahr unser Verammlungslokal abgetrieben hatte, ist man im Herbst auch dazu übergegangen, uns das zweite Lokal abzutreiben. Damit glaubt man unsere Bewegung am Orte unterbinden zu können. Hier hat sich anscheinend alles gegen uns verbündet: Kapital, Christen und auch die Kriegervereine. So werden die Wirte von allen Seiten bestürmt und gefügig gemacht. Da man aber anscheinend doch an einen durchschlagenden Erfolg nicht glaubt, so schmilfen die Kriegervereine, um ausfindig zu machen, ob etwa unter den Kriegervereinsmitglieder sich jemand befindet, der auch Mitglied unserer Organisation ist. In diesem Falle erhält der Betreffende ein Schreiben, daß er sich aus dem Kriegerverein als ausgeschlossen betrachten müsse. Letzten Endes werden ja auch diese Mittel ihren Zweck verfehlen. Druck erzeugt Gegendruck. Man kann unsere Bewegung wohl hemmen, aber aufhalten wird man sie auch hier am Orte nicht können. In Ermangelung eines Lokales, müssen wir uns zunächst so behelfen und wir können konstatieren, daß es auch so geht. Nur mit dem Unterschiede, daß unsere Versammlungsteilnehmer jetzt ihre Groschen sparen, welche andernfalls den Wirten zukommen würden. In dieser Stelle möchten wir unsere Kollegen ersuchen, nunmehr mit doppeltem Eifer für die Organisationsarbeit zu wirken. Setzt auf einen Schelm anderthalbe und zehlt, daß unsere Organisation vorwärts geht trotz alledem.

Beschlossen wurde sodann, für diejenigen Kollegen, welche in den Dörfern jenseits der Enz wohnen, ebenfalls Versammlungen abzuhalten, damit auch diesen Kollegen Gelegenheit gegeben wird, das Organisationsleben besser kennen zu lernen und die Möglichkeit der Agitation besser auszunutzen. Nachdem damit die Ortsverwaltung wiedergewählt war, wurden einige neue Vertrauensleute bestimmt und erfolgte hierauf Schluß der Versammlung.

**Plauen i. V.** Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 15. Januar ihre Generalversammlung ab, die gut besucht war. Den Jahresbericht gab der Kollege Preusche. Aus diesem war zu entnehmen, daß durch rege Agitationsarbeit die Verwaltungsstelle wieder ein gut Stück vorwärts gebracht worden ist. Von 396 Mitgliedern vom Vorjahre ist die Zahl auf 531 gestiegen. Auch die Mutation sei von 52 pCt. auf 84 pCt. in diesem Jahre gefallen, ein Beweis, daß die Kollegen immer mehr einsehen, daß der Schutz ihrer Interessen im Verbands zu suchen ist. Obwohl das Jahr 1912 keine schweren Kämpfe brachte, haben wir doch zwei Bewegungen zu verzeichnen, an der 37 Vertriebe mit 251 Beschäftigten und außerdem ein Betrieb wegen Abweh von Arbeitszeitverkürzung beteiligt war. Letzteres gelang den Kollegen ebenso wie für die ersten eine Aufbesserung des Lohnes von 1 Mt. pro Woche und Person erreicht wurde. Auf das Jahr berechnet, beträgt der Gewinn an Mehrlohn 13 052 Mt.

Auch die gesellschaftliche sowie agitative Tätigkeit war eine recht rege. An Eingängen waren 78 Briefe und Karten, 46 Drucksachen und 289 Pakete, an Ausgängen 272 Briefe und Karten, 265 Drucksachen zu verzeichnen. An Handzettel und Flugblätter kamen 7400 Stück zur Ausgabe. Weiter fanden statt: 1 Generalversammlung, 11 Mitglieder-Versammlungen und 6 öffentliche, außerdem 16 Vorstandssitzungen und 6 Sitzungen der Agitationskommission und 40 Betriebsversammlungen. An Vergnügungen wurden ein Ausflug, eine Abendunterhaltung und ein Ball abgehalten, die sämtlich gut besucht waren. — Arbeitslos waren 39 Kollegen gemeldet, die zusammen 296 Tage arbeitslos waren und hierfür 317 Mt. Unterstützung erhielten. Kranf waren 67 Mitglieder mit 1283 Krankentagen und 992,99 Mt. Unterstützung. Von den Krankheiten entfielen 37 auf Unfälle, hiervon 4 mit tödlichem Ausgang und 30 auf meistens durch den Beruf verursachte Leiden. Rechtschutz wurde nur in einem Falle gewährt, während in 5 Fällen die Aussicht auf Erfolg auch ohne Rechtschutz groß war und dem Verbands unnötige Kosten erspart wurden. Mit einer Auforderung, auch im neuen Jahre tatkräftig mitzuarbeiten, damit wir endlich einmal zu dem längst erwünschten Tarif kommen, schloß der Berichterstatter und gab anschließend hieran als Kassierer den Kassenbericht, der im 4. Quartal 1912 in Einnahme und Ausgabe mit 4073,31 Mt. bilanzierte mit einem Kassenbestand von 1046,76 Mt. Der Jahresbericht gestaltete sich wie folgt:

**Einnahmen:**

Raffensbestand vom 3. Quartal 1912	480,58	Mt.
230 Aufnahmegebühren a 1 Mt.	230,-	"
8 " " a 50 Pf. (vgl.)	4,-	"
22958 Wochenbeiträge a 50 Pf.	11 479,-	"
439 " " a 25 Pf.	119,75	"
509 Beitr. z. Hausbaufonds a 25 Pf.	127,25	"
Sonstige Einnahmen	137,-	"
<b>Summa:</b>	<b>12 577,58</b>	<b>Mt.</b>

**Ausgaben:**

Verf. Ertraunterstützung	78,-	Mt.
Reiseunterstützung	57,15	"
Wartungsausgaben, persönliche	1 065,62	"
" sächliche	228,60	"
Veranstaltungen usw.	202,55	"
Bibliothek und Zeitschriften	79,50	"
Kartellbeiträge	359,80	"
Porto	85,04	"
Sonstige Ausgaben	103,33	"
An die Hauptkasse abgeführt	9 271,23	"
Raffensbestand für das 1. Quartal 1913	1 046,76	"
<b>Summa:</b>	<b>12 577,58</b>	<b>Mt.</b>

In bar erhielt die Hauptkasse 7619,03 Mt. und in Einzahlungen für: Arbeitslose 317,68 Mt., Kranke 1059,77 Mt., Ertraunterstützung 15,- Mt., Verdichtungsbeiträge 235,- Mt. und Rechtschutz 24,70 Mt. Es lag ein Antrag vor, welcher die sofortige Einführung eines Votabstimmungsverfahrens von wöchentlich 10 Pf. verlangte. Die Ortsverwaltung hatte sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und mit Rücksicht darauf, daß die Ortskasse nicht immer imstande ist, allen Anträgen auf Ertraunterstützung gerecht zu werden, daß weiter die Verwaltungsstelle Wachen mit allem Nachdruck weiter entwickelt werden muß und da dem Hilfsausleiter die Zeit dazu fehlt, man in absehbarer Zeit an die Anstellung eines eigenen Beamten denken muß, hat dieselbe beschlossen, der Versammlung einen Votabtrag von 5 Pf. vorzuschlagen. Mit diesem Vorschlag beschäftigte sich eine Vertrauensmännerversammlung, welche denselben auf 10 Pf. erweiterte. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag in der Generalversammlung gegen wenige Stimmen angenommen.

Bei den Neuwahlen wurden als 1. Bevollmächtigter Kante, als 2. Wähler, als Kassierer Preusche wieder und Lang als Schriftführer neu gewählt. Als Beisitzer wurden die Kollegen Baniß, Fischer, Stadler, Hüner und als Revisoren die Kollegen Schmid, Wills und Preuß gewählt. Mit einem Appell des Vorsitzenden, alles daran zu setzen, die Verwaltungsstelle vorwärts zu bringen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Satzwedel.** Unsere Generalversammlung wurde am Sonntag, den 5. Januar d. J. abgehalten. Der Kassierer Schulz gab den Rassenbericht vom 4. Quartal 1912 wie folgt:

**Einnahme**

Raffensbestand am 3. Quartal	830,71	Mt.
Weitritt im 4. Quartal a 1,- Mt.	1,-	"
" " " a 0,50 "	0,50	"
1898 Wochenbeiträge a 0,50 Mt.	849,-	"
26 " " weißliche a 25 Pf.	6,50	"
82 " " jugendliche a 25 Pf.	8,-	Mt.
2 örtliche Fondsmarken a 25 Pf.	0,50	"
Zinsen	7,21	"
<b>Summa:</b>	<b>1208,42</b>	<b>Mt.</b>

**Derliche Ausgabe**

An Krankenzuschuß	8,-	Mt.
" " Verdichtungsbeitrag	15,-	"
" " Reiseunterstützung	4,-	"
" " Gehalt, Procente	109,75	"
" " sächliche, Material	1,60	"
" " Kartell, Sekretariatbeitrag	18,50	"
" " Porto, Telegramm	7,85	"
Für die Jugend	5,-	"
" " Gekangereine	2,50	"
An die Hauptkasse gelangt	861,95	"
Raffensbestand am Schluß des Quartals	879,67	"
<b>Summa:</b>	<b>1208,42</b>	<b>Mt.</b>

**An die Hauptkasse abzuführen:**

50 pSt. der Beitrittsgebühren a 1 Mt.	0,50	Mt.
100 " " " a 50 Pf.	0,50	"
75 " " Wochenbeiträge a 50 Pf.	636,75	"
75 " " " a 25 Pf.	10,90	"
Beitrag zu den Hauptkosten	13,80	"
<b>Summa:</b>	<b>661,95</b>	<b>Mt.</b>

Die Hauptkasse erhielt:

In bar an den Gauvorstand	482,80	Mt.
An Arbeitslosen	45,-	"
An Kranke	114,15	"
Ertraunterstützung	20,-	"
<b>Summa:</b>	<b>661,95</b>	<b>Mt.</b>

Nachdem der Kassierer den Rassenbericht gegeben hatte, betonte Kollege Herrmann Schulz der als Revisor die Kasse geprüft, daß alles richtig befunden worden sei, dann wurde dem Kassierer einstimmig die Entlastung erteilt.

Versammlungen wurden im abgelaufenen Jahre abgehalten 22 und 17 Sitzungen, Schriftsätze sind 16 angefertigt. Lohnbewegung fanden drei statt, in 2 Fällen wurde ein Erfolg erzielt. Unterstützungen wurden in Todesfällen gezahlt 125 Mt., für Kranke 455,85 Mt., für Arbeitslose 207,66 Mt., für Notbedürftige 40 Mt.

Am Schluß des 4. Quartals 1911 waren 119 männl., 2 weibliche, 1 jugendlicher vorhanden. Aufgenommen und übergetreten sind im Laufe des Jahres 41 männl., 8 weibl. ausgeschieden sind 34 männl., 2 weibl., bleibt am Schluß dieses Jahres ein Mitgliederbestand von 129 männl., 3 weibl., 1 jugendlicher, also 133. Sämtliche Verwaltungsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

Werte Kollegen! Wie aus dem Jahresbericht hervor geht sehen wir wiederum, daß ein gutes Werk für unsere Mitglieder getan ist. Schauen wir weiter zurück, so müssen wir wohl mit Recht sagen, seitdem unsere Organisation hier am Orte ist, sind wesentlich bessere Lohn-

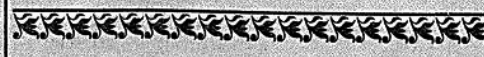
und Arbeitsverhältnisse geschaffen, wenn auch nicht alle Kollegen das erhoffte Ziel erreichten. Dennoch dürfen wir nicht ruhen noch rasten. Darum Kollegen setzet für einen weiteren Ausbau unserer Organisation stärket den Verband.

**Sedniz.** In unserer am 10. Januar abgehaltenen Generalversammlung trug der Bevollmächtigte den unzulänglichen Versammlungsbesuch und wünscht Besserung dieses Zustandes. In den Betrieben von Schumann und Drefschke wurde die Werbearbeit der Organisation nachzulassen; als Urliste könne wohl das Beihandelsgeheimnis, das einige „Auchkollegen“ erhalten, angesehen werden. Die „Schmüreier“ sei bei beiden Firmen in höchster Blüte, einer trauer dem andern nicht. Auch die Frauen der Kollegen stellen sich uns noch vielfach entgegen. Sie schimpfen auf die Beiträge und wissen nicht, daß diese in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse notwendig sind. Hier kann und muß Aufklärungsarbeit Verrichtung bringen. — Die Unternehmer haben im vergangenen Jahre die Fuhrpreise wesentlich gesteigert und dieses mit den „geheiligten Löhnen“ begründet. Von letzterem Vorgehen haben aber nur wenige Kollegen etwas zu spüren bekommen. Das kommende Jahr wird eine Nachhilfe unsererseits notwendig machen. — Die Mitgliederzahl beträgt 37 am Jahreschluß, das ist ein Drittel der hierorts beschäftigten Kollegen. Vor allem sind es die Kartelhelfer, die den Weg zur Organisation nicht finden wollen, trotzdem viele von ihnen kaum 15 Mt. Wochenlohn verdienen. — Die Gesamtjahreseinnahme betrug 918,50 Mt. An Unterführungen wurden bezahlt 106,30 Mt. für Kranke und 98,40 Mt. an arbeitslose Kollegen. Die Neuwahlen zeigten nachfolgendes Resultat, Läger Bevollmächtigter, Alwin Krütholz, Rosenstraße 285, Kassierer, Richter Schriftführer: Ernst Hempel und Gente als Revisoren. In das Kartell wird Kollege Krütholz delegiert; Kollege Woad wird Beiragsammler. Nach Erledigung dieser geschäftlichen Angelegenheiten bespricht der Gauleiter die Ursachen der stattgefundenen Postgewerbenungen betreffs der Arbeitszeiten im Fuhrgewerbe. Es steht eine gesetzliche Regelung der Ruhezeiten bevor. Weiter behandelt der Gauleiter die Frage des Sechshr-Bahnabstufes und erläutert die Maßnahmen, die hierin der Gauvorstand zu unternehmen gedenkt. Die Versammelten sind mit letzterem einverstanden.



## Funken ins Finstere.

Zwei Geschlechter machen heute  
Karriere in unserm Staat,  
Chrenfeste, liebe Leute,  
Trinken Bier und spielen Stat,  
Und sie heißen kurz und schlicht:  
Duckebich und Denkenicht!



**Spandau.** Am 11. Januar 1913 fand unsere Jahresgeneralversammlung statt. Aus dem Jahresbericht der Ortsverwaltung war zu entnehmen, daß im Laufe des Jahres 1912 156 Mitglieder neu aufgenommen wurden, das ist gegenüber dem Vorjahre ein Minus von 98. Die Situation innerhalb der Verwaltung ist immer noch eine sehr große, da die Mitgliederzahl sich nur um 46 Personen erhöht hat. Erst im letzten Quartal gelang es, die Situation einzudämmen bezw. zu vermindern. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß insgesamt 606 Mitglieder, davon 500 männliche und 106 weibliche. Die geschäftliche Tätigkeit war auch im verfloffenen Jahre eine intensive. An Eingängen waren 146 Briefe und Karten, 255 Batele und 4 Druckfaden zu verzeichnen. Ausgegangen sind 304 Briefe und Karten, 728 Druckfaden und 9448 Zirkulare. Die Bureaufrequenz betrug im letzten Quartal insgesamt 531 Personen. Mündliche Ansuchen in diversen Rechtsangelegenheiten wurden 193 erteilt, ferner 54 Schriftsätze für Mitglieder angefertigt, die hauptsächlich gewerbliche Klagen, Versicherungsangelegenheiten und Steuerermäßigungen betrafen. Lohnbewegungen waren im Laufe des Berichtsjahres 5 zu verzeichnen, die alle mit Erfolg für die Kollegen beendet werden konnten; allerdings mußte in einem Falle zur Arbeitsüberlegung geschritten werden. Die Bewegungen ertraten sich auf 6 Betriebe mit insgesamt 173 an den Bewegungen beteiligten Personen. Arbeitslos meldden sich im Berichtsjahre 88 Kollegen. Der Durchschnittslohn, der durch unseren Arbeitsnachweis bestanden Stellen betrug pro Woche 27,60 Mt., die durchschnittliche Arbeitszeit 9,1 Stunden pro Tag. Die Agitation zeitigte leider nicht die Früchte, die auf Grund der Betriebsagitation zu erwarten gewesen wäre. Hauptsächlich die Auscher und Kolzplagarbeiter sind trotz intensiver Agitation nicht in dem Maße dem Ruße der Organisation gefolgt, wie im Interesse ihrer selbst notwendig gewesen wäre. Zum Teil trage daran der Indifferenzismus und die Gegenagitation des blauen Aufhewereins „Brüderchaft“, dessen Vorsitzender organisierter Brauerarbeiter ist, schuld. Aber auch die Auseinandersetzungen und Differenzen, die unter den Mitgliedern der Ortsverwaltung bestehen, tragen ein großes Teil Schuld an dem Stillstand, ja sogar Rückgang innerhalb der Organisation am Orte. Redner geht des näheren auf die im Oktober vorgenommene Statistik unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ein, die für unsere Organisation ein betrieblendes Resultat ergeben habe. Aus den 260 eingegangenen Fragebogen für männliche Mitglieder sei festgestellt, daß nur 83 Kollegen die Parteipresse lesen,

währenddem 142 Mitglieder noch Abonnenten der bürgerlichen Blätter aller Parteirichtungen sind, ja sogar 3 Kollegen das „Spandauer Tageblatt“, das reaktionärste und arbeitserföndlichste Reichsverbandsorgan, lesen. 35 Kollegen lesen überhaupt keine Zeitungen. Politisch organisiert sind von den 260 Kollegen nur 72 und der gewerkschaftlichen Organisation sind erst 34 Kollegen angeschlossen. Ebenso bedauernd ist das Resultat der Fragebogen von den weiblichen Mitgliedern. 57 Fragebogen wurden abgeleitet und sind von den Befragten nur 12 Leser des „Vorwärts“, währenddem noch 8 Leser der bürgerlichen Presse und 37 überhaupt keine Zeitung lesen. Hier ist noch ein großes Stück Aufklärungsarbeit zu leisten und ermahnt der Bevollmächtigte die Anwesenden und besonders die Vertrauensleute nach allen Kräften für Ausbreitung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation. Sorge zu tragen, ebenso für Agitation für die Parteipresse. Redner erwähnt noch den Beschluß des Breslauer Verbandstages betreffs Abführung von 2 Mt. für den Hausbaufonds und teilt mit, daß bei allen Mitgliedern, die ihrer Pflicht nicht nachgekommen, der Beitrag in voller Höhe von der ersten Unterstüßungsauszahlung in Abzug gebracht wird und erwartet, daß sich alle Mitglieder befeßigen, den Betrag in voller Höhe an die Verbandskasse abzuführen. Redner geht zum Schluß noch mit einigen Worten auf die bestehenden Differenzen innerhalb der Ortsverwaltung ein und bebauert, daß dieselben derartige Dimensionen angenommen und hofft, daß die neue Ortsverwaltung in einträchtiger und gemeinsamer Arbeit im Interesse der Vorwärtsentwicklung des Verbandes am Orte arbeiten möge. Den Jahres-Rassenbericht gab Kollege Burchardt und zeitigte derselbe folgende Ergebnis.

**Einnahmen:** Bestand am Schluß des Jahres 1911 790,47 Mt. Aufnahmegebühren a 1 Mt. 140 Stück = 140 Mt., 16 Aufnahmen a 50 Pf. = 8 Mt., Wochenbeiträge a 50 Pf. 17 197 Stück = 8 598,50 Mt., 4226 a 25 Pf. = 1 056,60 Mt., 88 jugendliche Beiträge a 25 Pf. = 22 Mt., örtliche Zuschüssebeiträge a 10 Pf. 17 158 Stück = 1715,80 Mt., 4353 a 5 Pf. = 21 765 Mt., Beiträge zum Hausbau 85,70 Mt. Für verkaufte Kalender und um Proschüren 40,20 Mt., Festüberschuß 6,10 Mt., für verkaufte Bureauentwürfen 35 Mt.; insgesamt 12 715,92 Mt.

Die Ausgaben betragen:

Derliche Verdichtungs-Beihilfe	138,-	Mt.
" " Gemapregeltes-Unterstützung	4,50	"
" " Streif-Unterstützung	3,50	"
" " Extra-Unterstützung	164,10	"
" " Rechtschutzkosten	5,-	"
" " Reiseunterstützung	45,50	"
Gehalt, Entschädigung, und Procente	2 405,70	"
Materialien, Vitrinette, Telefon	917,99	"
Versammlungen, Druckfaden	130,60	"
Bibliotheksbilder und Zeitschriften	210,25	"
Kartellbeiträge	142,28	"
Porto	65,23	"
Wohltat Seil	55,-	"
Sonstige Ausgaben	33,40	"
An die Hauptkasse	7 629,05	"
Raffensbestand am Schluß 1912	767,82	"
<b>insgesamt</b>	<b>12 715,92</b>	<b>Mt.</b>

An Unterführungen wurden im Laufe des Jahres 1912 an die Mitglieder gezahlt insgesamt die Summe von 4049,78 Mt. und zwar:

Krankunterstützung	2452,05	Mt.
Arbeitslosenunterstützung	750,48	"
Verdichtungsbeihilfe	328,-	"
Rechtschutz	259,70	"
Ertraunterstützung	174,10	"
Reiseunterstützung	43,50	"
Gemapregeltesunterstützung	39,80	"
Streifunterstützung	22,15	"

Die Berichte wurden ohne Diskussion entgegengenommen und der Ortsverwaltung auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge erteilt.

Bei der nunmehr vorgenommenen Wahl der Ortsverwaltung wurde als erster Bevollmächtigter, an Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden bisherigen Vorsitzenden, Kollege M. Appoldt, als zweiter Bevollmächtigter Kollege Adolf Wucholz, als erster Kassierer Otto Burchardt, als zweiter Kassierer Gustav Wegemann, als Schriftführer Kollege Ernst Menzel und als Beisitzer: Albert Kinow, Andr. Theil und Frau Klaus gewählt.

Revisoren wurden die Kollegen Wiekmann, Schönefeld und Schröter.

Kollege Appoldt gab hierauf den Kartellbericht. Eine ziemlich unliebsame Debatte entstand durch die Beschwerde des Gewerkschaftskartells gegen den Kollegen Schönefeld wegen Disziplinbruches. Die Angelegenheit soll in der nächsten Mitgliederversammlung zur Erledigung gebracht werden.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen erfolgte Schluß der Versammlung.

**Deener.** Am Sonnabend, den 4. Januar tagte hier eine öffentliche Versammlung, welche leblich gut besucht war. Der Gauleiter sprach über das Thema: Wasbal brauchen wir am Orte eine gute gewerkschaftliche Organisation. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Interesse aufgenommen. In der Diskussion sprachen einige Kollegen über die äußerst traurigen Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Betrieben und gaben der Meinung Ausdruck, daß es auch hier höchste Zeit sei, andere Verhältnisse zu schaffen. Hier auf meldden sich vier Kollegen zum Beitritt in die Organisation. Sodann wurde beschlossen, demnächst wiederum eine Versammlung abzuhalten, um so die noch der Organisation fernstehenden Kollegen für dieselbe zu gewinnen. Die Mitglieder werden erucht, für die Versammlung die lebhafteste Propaganda zu machen, damit diese wieder gut besucht wird.

